

Die russische Staatsdumawahl 1995

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1996). *Die russische Staatsdumawahl 1995*. (Berichte / BIOst, 20-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42422>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Streit um Wahl und Wahlgesetz	7
Das Wahlgesetz	9
<i>Unverändert gebliebene Bestimmungen</i>	10
<i>Neue Bestimmungen</i>	10
Wahlkampffinanzierung	11
Wahlfälschungsmöglichkeiten	13
Wahlergebnis	14
<i>Kommunistische Partei der Russischen Föderation</i>	18
<i>Liberal-demokratische Partei Rußlands</i>	19
<i>Unser Haus Rußland</i>	20
JABLOKO	20
Elektorat	20
Personelle Folgen des Wahlergebnisses	22
Die neue Staatsduma	23
Die neuen Vorsitzenden	30
<i>Staatsdumavorsitzende</i>	30
<i>Komiteevorsitzende</i>	31
Politikvarianten	32
ANHANG	35
<i>Biographien der Fraktionsvorsitzenden</i>	35
Summary	39

18. März 1996

Eberhard Schneider

Die russische Staatsdumawahl 1995

Bericht des BIOst Nr. 20/1996

Kurzfassung

Vorbemerkung

Am 17. Dezember 1995 wurde zum ersten Mal die Staatsduma für die Dauer einer normalen Legislaturperiode von vier Jahren gewählt. Sie wird schon allein deshalb größere politische Bedeutung erhalten als ihre Vorgängerin. Die Wahl erfolgte auf der Grundlage einer bereits geltenden Verfassung und eines Wahlgesetzes. Das Wahlergebnis stellt zugleich die politischen Weichen für die Präsidentschaftswahl am 16. Juni 1996.

Ergebnisse

1. Nachdem eine Verschiebung der Staatsdumawahl und deren eventuelle Zusammenlegung mit der Präsidentschaftswahl, die von der Präsidentschaft intendiert wurde, nicht zu erreichen war, wurde vom Präsidenten in einem achtmonatigen Poker mit der Staatsduma um das neue Wahlgesetz versucht, das Wahlverfahren zu erschweren.
2. Das Staatsdumawahlgesetz von 1995 enthält - verglichen mit der Wahlordnung des Präsidenten von 1993 - sowohl inhaltlich unverändert gebliebene Bestimmungen als auch Neuregelungen. So wurde an der Aufteilung der 450 Mandate in 225 Listen- und 225 Direktmandate, an der Fünf-Prozent-Klausel und an der Mindestwahlbeteiligung von 25 % festgehalten. Zum ersten Mal enthält ein russisches Wahlgesetz Bestimmungen über die Wählervereinigungen sowie über die Wahlkampffinanzierung. Statt der 100.000 Unterschriften zur Registrierung eines Kandidaten waren 1995 doppelt so viele Unterschriften erforderlich, davon nur 7 % in einem Föderationssubjekt und nicht wie bisher 15 %.
3. Eine Partei, Wählervereinigung oder ein Wahlblock durfte für den Wahlkampf nicht mehr als das 250.000fache des Mindestlohns, der am 1. Mai 1995 43.700 Rubel betrug, entnehmen und ein Direktkandidat nicht mehr als das 10.000fache des Mindestlohns. Für eine Partei usw. lag also die Obergrenze bei 10,9 Mrd. Rubel oder 3,6 Mio. DM und für einen Direktkandidaten bei 437 Mio. Rubel oder 146.000 DM. Dieser Wahlkampffonds wurde aus den 80 Mio. Rubel der Zentralen Wahlkommission (27.000 DM), aus privaten Mitteln des Kandidaten sowie aus Spenden von privaten und juristischen Personen (bis zu einer bestimmten Obergrenze pro Spender) finanziert. Die Verwendung anderer Finanzmittel als derjenigen aus dem Wahlkampffonds war verboten. Für ein Stimmenprozent gaben die

"Kommunistische Partei der Russischen Föderation" (KPRF) von Gennadij Sjuganow 12.500 DM aus, der demokratische Wahlblock JABLOKO des Reformökonom Grigorij Jawlinskij 113.000 DM, Premier Viktor Tschernomyrdins Wahlblock "Unser Haus Rußland" (UHR) 186.700 DM und die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR) von Wladimir Schirinowskij sogar 308.300 DM.

4. Aus der Beobachtung der beiden Staatsdumawahlen 1993 und 1995 kommt der Autor zu dem Schluß, daß die wirkungsvollste und unauffälligste Wahlfälschung auf den Ebenen der computermäßigen Aggregation der Daten stattfinden dürfte. Die "herkömmlichen" Fälschungsmöglichkeiten können nur auf der untersten Ebene der Wahllokale durchgeführt werden, ihr Fälschungsgrad ist begrenzt und sie dürften sich bei Wahllokalen in verschiedenen politischen "Umgebungen" vielleicht sogar gegenseitig neutralisieren.

5. Die Wahlbeteiligung an der Staatsdumawahl lag am 17. Dezember 1995 mit 64,3 % um 9,5 % über derjenigen der letzten Staatsdumawahl vom 12. Dezember 1993. Von den 43 angetretenen Parteien usw. konnten nur vier die Fünf-Prozent-Hürde überwinden: die KPRF, die LDPR, JABLOKO und UHR. Die KPRF konnte ihr Listenergebnis von 1993 um 9,90 % auf 22,30 % verbessern. Diese hohen Stimmengewinne verdankt die KPRF ihrer Wahlkampagne, die zwei Tendenzen in der russischen Bevölkerung Rechnung trug: der Forderung nach einer stärkeren sozialen Abmilderung des Übergangs zur Marktwirtschaft und den nostalgischen Sehnsüchten nach der "guten alten" Sowjetzeit unter Breschnew.

Die LDPR mußte hinnehmen, daß ihr Listenergebnis von 1993 auf 11,18 % halbiert wurde. Es läßt sich vermuten, daß viele damalige Protestwähler von der LDPR zur KPRF abgewandert sind. Auf der anderen Seite konnte Schirinowskij - trotz Konkurrenz durch andere nationalistische Parteien - mit dem zweitbesten Ergebnis für seine Partei eine nicht zu unterschätzende Stabilisierung erreichen.

UHR, die neue "Partei der Macht", erreichte mit enttäuschenden 10,13 % - trotz aller offiziellen und halboffiziellen Unterstützung - nur das drittbeste Listenergebnis. Auf der anderen Seite trat sie - im Gegensatz zu den anderen drei Parteien - zum ersten Mal an. Von den demokratischen Parteien schaffte nur JABLOKO mit 6,89 % gerade eben den Sprung ins Parlament. Dem Führer der "Demokratischen Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten", Jegor Gajdar, der knapp scheiterte, wird nach wie vor von den Wählern der schockartige Übergang zur Marktwirtschaft verübelt, den er durch die Freigabe der Preise am 2. Januar 1992 in seiner damaligen Funktion als Stellvertretender Regierungschef einleitete.

6. Bei der Untersuchung des Elektorats der vier in die Staatsduma gewählten Parteien usw. fällt auf, daß sich die Wählerschaft der KPRF zur Hälfte aus Personen über 55 Jahre zusammensetzt. Dazu paßt, daß der Berufsstruktur nach 46 % der KPRF-Wähler Rentner sind. Die Wahlpropaganda der KPRF und der LDPR fand zur Hälfte bei den Wählern mit abgebrochener Mittelschule, also bei den Wählern mit dem niedrigsten Bildungsniveau, Widerhall. Bemerkenswert ist ferner, daß die LDPR mit 48 % ein Drittel mehr Arbeiter anspricht als die KPRF. Ferner erreichte die LDPR mit 37 % etwas stärker die

Wählerschaft in den Dörfern als die KPRF mit 32 %. Die Partei Schirinowskijs hat demnach zwei "Standbeine", die Arbeiterschaft und die Landbevölkerung. Auch die Antworten der Wähler auf die Frage nach der eigenen Situation machten deutlich, daß sowohl die KPRF als auch die LDPR mit je 39 % auf die Wählerschaft am untersten Ende der sozialen Skala abhebt.

7. Obwohl der Präsident nicht gezwungen ist, aus den Parlamentswahlen Konsequenzen zu ziehen, wurden der Außenminister, der für die Privatisierung zuständige Erste Stellvertretende Premier und der Leiter der Präsidialadministration abgelöst und durch Personen ersetzt, die weniger demokratisch und reformorientiert sind.
8. In der neuen Staatsduma verdreifachte die KPRF mit 99 Listen- und 58 direkt gewählten Abgeordneten ihre Fraktionsstärke auf 33,1 %. Die zweitstärkste Fraktion bildet mit 12,2% UHR, gefolgt von der LDPR-Fraktion mit 11,3 % und der JABLOKO-Fraktion mit 10,2 %. Zum kommunistischen "Lager" gehört ferner die Fraktion der Agrarier, die sich aus den 20 direkt gewählten Abgeordneten der kommunistennahen Agrarpartei Rußlands und aus 15 als Unabhängige gewählten Direktkandidaten zusammensetzt. Das "Lager" der Zentristen, die wechselhaft abstimmen, bilden die Fraktion "Volksmacht" unter Führung des letzten sowjetischen Regierungschefs Nikolaj Ryschkow sowie die Fraktion "Rußlands Regionen", die beide aus Inhabern von Direktmandaten bestehen.

Das geringste Durchschnittsalter weist mit 42 Jahren die LDPR-Fraktion - drei Jahre niedriger als 1993 - auf, gefolgt von der JABLOKO-Fraktion mit 43 Jahren. Das Durchschnittsalter der UHR-Fraktion von 48 Jahren entspricht demjenigen aller 450 Abgeordneten. Das höhere Durchschnittsalter von 51 Jahren der KPRF-Fraktion überrascht nicht, sondern entspricht dem älteren Elektorat der KPRF. Die Frauen sind in drei Fraktionen deutlich unterrepräsentiert und fehlen in der LDPR-Fraktion völlig.

Bei der Rekrutierung dominiert die zentrale Ebene bei der LDPR mit 64,7 % - 13 % mehr als 1993 - und mit 53,3 % bei JABLOKO. Bei der KPRF mit ihrer breiten regionalen Basis wurden mit 49,0 % die meisten Abgeordneten auf der lokalen Ebene rekrutiert, gefolgt von UHR mit 29,8 %. Den höchsten Wert auf der Gebietsebene hat mit 19,3 % UHR, denn auf dieser Ebene ist die wichtige Administrationsklientel des Regierungswahlblocks angesiedelt. Dem entspricht, daß der Wahlblock UHR mit 38,6 % die meisten Abgeordneten in Administrationspositionen rekrutierte. Bei den anderen drei Fraktionen weist die Abgeordnetenfunktion die größte Häufigkeit auf, am stärksten bei der LDPR-Fraktion mit 52,9 %, gefolgt von JABLOKO mit 51,1 % und der KPRF-Fraktion mit 32,5 %.

Auch hinsichtlich der personellen Erneuerung unterscheiden sich die Fraktionen: 87,7 % der UHR-Fraktionen waren 1993 noch nicht Abgeordnete der Staatsduma, was nicht verwunderlich ist, da UHR als neuer Wahlblock neue politische Kräfte aufbieten mußte. Dagegen zeigt sich bei der LDPR-Fraktion, deren Mitglieder schon zu 52,9 % in der vorigen Staatsduma waren, eine deutliche "Erbhof"-Mentalität. Gleiches gilt abgeschwächt für die JABLOKO-Fraktion (42,2 % Alt-Abgeordnete). Erstaunlich ist, daß die KPRF-Fraktion zu drei Viertel keine ehemaligen Staatsduma- oder Föderationsratsabgeordneten in ihren Reihen aufweist, was sich wohl auch aus ihrem guten Abschneiden bei der

Staatsdumawahl erklärt, das zu einer Vergrößerung ihrer Fraktion um 200 % führte.

Kommunisten und Nationalisten - in der bisherigen Staatsduma stimmten sie oft zusammen - können mit insgesamt 52,2 % in der neuen Staatsduma jedes Gesetz verabschieden, das sie wollen, und der Regierung das Mißtrauen aussprechen. Verstärkt durch die Zentralisten können Kommunisten und Nationalisten dann mit zusammen 69,7 % aller Abgeordnetenstimmen jedes Votum des Föderationsrats und jedes Veto des Präsidenten aufheben, die Artikel der Verfassung in den Kapiteln 3 bis 8 ändern sowie eine Vorlage zur Revision der Verfassungsartikel der Kapitel 1, 2 und 9, welche die Essentials der neuen Verfassung enthalten, einbringen.

9. Die Staatsduma wählte ein Mitglied der KPRF-Fraktion zum Vorsitzenden, wobei die Stimmen der JABLOKO-Fraktion den Ausschlag gaben. Die KPRF-Fraktion führt den Vorsitz in 9 von 28 Komitees der Staatsduma, u.a. in den wichtigen Komitees für Gesetzgebung und Rechtsreform, Wirtschaftspolitik und Sicherheit.
10. KPRF-Chef Sjuganow dürfte weder in die Regierung eintreten noch ein Mißtrauensvotum gegen sie einbringen wollen, denn für ihn ist es viel günstiger, den Präsidentschaftswahlkampf aus der Opposition heraus zu führen. Für den Fall, daß Sjuganow zum Präsidenten gewählt wird, kündigte der neue Staatsduma-Vorsitzende Gennadij Selesnew an, daß der neue Präsident ein Referendum über eine neue Verfassung anordnen werde, die das Amt des Präsidenten abschafft, das hierarchische System der Sowjets wiederherstellt und die exekutiven Funktionen einer starken Regierung überträgt, die dem Parlament verantwortlich ist.

Der Stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Gesetzgebung und Rechtsreform, das KPRF-Mitglied Jurij Iwanow, verkündete die Absicht, das Verfassungsgericht abzuschaffen und durch ein Komitee zur Verfassungsaufsicht - wie zu Zeiten Gorbatschows - zu ersetzen. Die ehemalige Zeitung des Obersten Sowjet der UdSSR, die angesehene "Iswestija", die inzwischen privatisiert ist und einen liberalen demokratischen und reformerischen Standpunkt einnimmt, soll der Regierungskontrolle unterstellt werden. Ferner seien die 200 führenden privaten bzw. halbprivaten Banken zu verstaatlichen.

Die Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995 hatte eine besondere Bedeutung: Zum ersten Mal wurde die Staatsduma für die Dauer einer normalen Legislaturperiode von vier Jahren gewählt. Sie hat somit mehr Zeit für - wenn sie das möchte - die Verabschiedung von durchgreifenden Gesetzesvorhaben. Die Wahl erfolgte auf der Grundlage einer bereits geltenden Verfassung und nicht im Rahmen einer Verfassung, die erst durch das Referendum am Wahltag verabschiedet werden mußte wie am 12. Dezember 1993. Erstmals erfolgte die Wahl auf der Grundlage eines ausführlichen und ziemlich präzisen Wahlgesetzes und nicht auf der Basis eines Wahlerlasses des Präsidenten, denn zwischen dem 21. September 1993, an dem Jelzin den russischen Volksdeputiertenkongreß aufgelöst hatte¹, und der Staatsdumawahl am 12. Dezember 1993 gab es kein russisches Parlament, das ein Gesetz hätte verabschieden können.

Streit um Wahl und Wahlgesetz

Der Streit um die Neuwahl der Staatsduma - die erste Legislaturperiode der Staatsduma endete am 12. Dezember 1995 - begann bereits im Frühjahr 1994. Damals schlug der ehemalige Erste Stellvertretende Regierungschef unter Jelzin, Gennadij Burbulis, in einem Fernseh-Interview im Mai 1994 in München vor, die Amtszeit der Staatsduma und des Präsidenten jeweils um zwei Jahre zu verlängern. Er begründete seinen Vorschlag, die Parlamentswahlen erst 1997 und die Präsidentenwahlen erst 1998 stattfinden zu lassen damit, daß die Amtszeit der ersten Staatsduma von zwei Jahren zu kurz sei und daß Rußland in der schwierigen Übergangsphase eine gewisse Kontinuität benötige. Einige Wochen später äußerte sich der Jelzin nahestehende Vorsitzende des Föderationsrats, Wladimir Schumejko, in ähnlicher Weise.

Der Vorschlag auf Verschiebung der Staatsdumawahlen stieß bei denjenigen Parteien, die sich Stimmengewinne erhofften, auf Widerstand, also bei der Liberal-demokratischen Partei Rußlands des Wladimir Schirinowskij, der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation von Gennadij Sjuganow und der Agrarpartei Rußlands unter Michail Lapschin. Nachdem eine Verschiebung der Wahl nicht durchzusetzen war, wurde versucht, die Wahl zu verzögern, indem über das Wahlgesetz gestritten wurde. 1993 konnte es keinen Streit über das Wahlgesetz zwischen Präsident und Parlament geben, weil Jelzin das Parlament in Form des Volksdeputiertenkongresses am 21. September 1993 per Erlaß aufgelöst hatte. Die Regelung der von ihm angesetzten Wahl eines neuen Parlaments formulierte Jelzin am 1. Oktober 1993 als Verordnung.²

Der Streit um den Gesetzestext des neuen Staatsdumawahlgesetzes zwischen Staatsduma, Föderationsrat und Präsident dauerte insgesamt acht Monate: vom 23. November 1994 (1. Le-

¹ Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stva Rossijskoj Federacii, 29, 1993, Pos. 3597.

² Položenie o vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy v 1993 godu, in: Sobranie aktov Prezidenta i Pravitel'stva Rossijskoj Federacii, 41, 1993, Pos. 3907.

sung in der Staatsduma) bis zum 21. Juli 1995 (Unterzeichnung durch den Präsidenten).³ Die "Front" verlief meist - aber nicht immer - zwischen der Staatsduma auf der einen und dem Präsidenten auf der anderen Seite. Es gab auch schon mal einen "Frontlinienverlauf" zwischen der Staatsduma auf der einen und dem Föderationsrat auf der anderen Seite, so daß ein Schlichtungsausschuß gebildet werden mußte. Am 23. Mai 1995 fehlten nur wenige Stimmen an der Zweidrittelmehrheit, die erforderlich ist, um das Veto des Präsidenten zu überstimmen. Daraufhin wurde ein neuer dreiseitiger Schlichtungsausschuß gebildet, dem Vertreter des Präsidenten, der Staatsduma und des Föderationsrats angehörten, in dem dann doch eine Einigung erzielt wurde. Man kann sich angesichts dieses Gesetzespokers des Eindrucks nicht erwehren, daß der Präsident die Absicht verfolgte, die Parlamentswahl am 17. Dezember 1995 nicht zustande kommen zu lassen und sie mit der Präsidentschaftswahl am 16. Juni 1996 zusammenzulegen.

Worum ging es inhaltlich bei diesem Poker? Grundlage des Wahlgesetzes war ein Entwurf des Präsidenten, der vom federführenden Staatsdumakomitee für Gesetzgebung und Rechtsreform geändert wurde. Die Reformfraktion JABLOKO unter Grigorij Jawlinskij hatte einen zweiten Gesetzesentwurf vorgelegt, der aber keinerlei Chance hatte, weil er ein Supergesetz schaffen wollte, das sowohl die Wahl zur Staatsduma, die Formierung des Föderationsrats, die Wahl des Präsidenten und das Verfahren bei Referend in einem Text regeln wollte.

Im Streit zwischen Präsident und Föderationsrat auf der einen und der Staatsduma auf der anderen Seite ging es um folgendes:

- Der Präsident wollte den Anteil der Parteimandate von der Hälfte auf ein Drittel der zu vergebenden 450 Mandate, also von 225 auf 150 reduzieren. Diese Position wurde damit begründet, daß die Opposition 1993 ihre großen Wahlerfolge bei der Listenwahl erreichen konnte. Ferner würden die Bundeslisten von den Bundespolitikern belegt, so daß die Regionalpolitiker keine Chance hätten, in das Parlament gewählt zu werden. So haben 1993 10 Mio. Moskauer 60 Prozent der Abgeordneten gewählt⁴ und die übrigen 140 Mio. nur 40 Prozent.
- Ferner war Jelzin dagegen, daß sich die Direktkandidaten auf Bundeslisten absichern können.
- Weiterhin wollte der Präsident diejenigen acht Parteien und Gruppierungen sowie deren Direktkandidaten vom Sammeln der für die Registrierung vorgeschriebenen entsprechenden Unterschriften befreien, die bei der Staatsdumawahl 1993 mehr als fünf Prozent der Stimmen bei der Listenwahl bekommen hatten.
- Ein zusätzlicher Streitpunkt betraf die Kandidatur von Mitgliedern der Exekutive bei der Wahl. Soll die Übergangsbestimmung der neuen Verfassung (Nr. 9) auch für die neue Legislaturperiode gelten, daß Regierungsmitglieder gleichzeitig Abgeordnete sein dürfen?

³ Senkin, Sergej, Vybor v Gosudarstvennuju Dumu: Dolgij put' k zakonu, in: Rossijskaja Federacija, 13, 1995, S. 12-15.

⁴ Ogonek, 32 (August), 1995, S. 23.

Wenn es schon nicht vermieden werden kann, daß Regierungsbeamte erneut für das Parlament kandidieren, so sollen sie im Wahlkampf wenigstens ihr Regierungsamt ruhen lassen. Als sich dieses Verlangen als undurchführbar erwies, wurde vorgeschlagen, wenigstens die administrative Funktion nicht für Wahlkampfzwecke einzusetzen.

- Danach versuchte der Präsident, die Sperrklausel von fünf auf sieben Prozent anzuheben.
- Außerdem wollte der Präsident - immer mit dem Ziel, neue Hürden zu errichten - die Mindestwahlbeteiligung auf 50 Prozent verdoppeln, um sicherzugehen, daß nur diejenigen Direktkandidaten in das Parlament einziehen, die eine echte Mehrheit ihrer Wähler hinter sich haben.
- Und schließlich wurde darüber gestritten, ob auf dem Stimmzettel die Abstimmungsalternative "Gegen alle Kandidaten" gestrichen werden soll.

Das Wahlgesetz

Das Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma vom 21. Juni 1995⁵ enthält folgende Kapitel:

- Kapitel 1: Allgemeine Bestimmungen (Art. 1-10),
- Kapitel 2: Wahlkreise und Wahlbezirke (Art. 11 und 12),
- Kapitel 3: Wählerverzeichnisse (Art. 13-15),
- Kapitel 4: Wahlkommissionen (Art. 16-31),
- Kapitel 5: Wählervereinigungen (Art. 32-35),
- Kapitel 6: Aufstellung und Registrierung der Kandidaten (Art. 36-42),
- Kapitel 7: Status der Kandidaten (Art. 43 und 44),
- Kapitel 8: Wahlkampf (Art. 45-50),
- Kapitel 9: Finanzierung der Wahlen (Art. 51-55),
- Kapitel 10: Abstimmung und Feststellung der Wahlergebnisse (Art. 56-66),
- Kapitel 11: Ersetzung vakanter Abgeordnetenmandate (Art. 67 und 68),
- Kapitel 12: Verantwortlichkeit bei Wahlrechtsverletzungen (Art. 69),
- Kapitel 13: Methode der proportionalen Aufteilung der Abgeordnetenmandate (Art. 70),
- Kapitel 14: Schluß- und Übergangsbestimmungen (Art. 71 und 72).

Das erste Staatsdumawahlgesetz der Russischen Föderation bestätigt eine Reihe von Regelungen der Wahlverordnung von 1993. Es enthält aber auch eine Reihe von neuen Bestimmun-

⁵ Federal'nyj zakon o vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii, in: Rossijskaja gazeta, 28.6.1995.

gen. Im folgenden werden die wichtigsten Bestimmungen aufgeführt, wobei die rein technischen Vorschriften weggelassen werden.

Unverändert gebliebene Bestimmungen

Inhaltlich unverändert - wenn auch nicht dem Wortlaut nach - blieben folgende Bestimmungen:

- allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht (Art. 1),
- das aktive Wahlrecht ab dem 18. und das passive ab dem 21. Lebensjahr (Art. 3).
- Gewählt werden nach dem Mehrheitsprinzip 225 Abgeordnete in Ein-Mann-Wahlkreisen (wobei sich die Größe eines Wahlkreises aus der Bevölkerungszahl ergibt, dividiert durch 225) und 225 Abgeordnete nach dem Proportionalprinzip durch Listen (Art. 5).
- Die Mindestwahlbeteiligung beträgt 25 Prozent der Wahlberechtigten (Art. 61 und 62).
- Die Sperrklausel liegt bei 5 Prozent (Art. 62).
- Auf dem Wahlzettel verbleibt die Wahlmöglichkeit "Gegen alle Kandidaten" (Art. 57), um zu verhindern, daß diejenigen Wähler, die gegen alle Kandidaten sind, den Wahlzettel ungültig machen.
- Das Recht, Kandidaten aufzustellen, haben unmittelbar die Wähler sowie die Wählervereinigungen/Wahlblöcke (Art. 6).
- Die Wählervereinigungen/Wahlblöcke haben das Recht, Kandidaten sowohl in den Einzelwahlkreisen als auch auf ihren Listen aufzustellen, die nicht zu ihren Mitgliedern zählen (Art. 36 und 37).
- Vom Tag der Registrierung bis zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse kann sich der Kandidat von seiner Berufstätigkeit freistellen lassen. Er erhält dann von der Wahlkommission eine finanzielle Kompensation bis zum 10fachen des Mindestlohns (Art. 44).
- Die Kandidaten haben im staatlichen Fernsehen und Rundfunk das Recht auf kostenlose Wahlkampfsendungen zu gleichen Bedingungen (Art. 47).

Neue Bestimmungen

Neu in das Wahlgesetz wurden folgende Bestimmungen eingeführt:

- Zum ersten Mal enthält ein russisches Wahlgesetz ein Kapitel über Wählervereinigungen. Wählervereinigungen sind allrussische gesellschaftliche Organisationen, die entsprechend den föderalen Gesetzen ordnungsgemäß gebildet worden sind und deren Statut die Teilnahme an Wahlen vorsieht. Um einen Wählerblock bilden zu können, müssen sich mindestens zwei Wählervereinigungen zusammenschließen.
- Die Kandidatenaufstellung darf auf den Versammlungen der Wählervereinigungen/Wahlblöcke nicht mehr durch Handaufheben durchgeführt werden, sondern muß durch geheime

Abstimmung erfolgen (Art. 36). Ein Kandidat kann gleichzeitig sowohl auf der Liste einer Wählervereinigung als auch in einem Einzelwahlkreis kandidieren (Art. 37). Auf der Bundesliste einer Wählervereinigung dürfen allerdings nicht mehr als 12 Kandidaten stehen, damit ein Übergewicht des Zentrums vermieden wird. Außerdem dürfen nicht mehr als 270 Kandidaten pro Liste aufgestellt werden (Art. 37). Diese Vorschrift wurde aber gelegentlich unterlaufen, indem Moskauer Politiker Regionallisten anführten.

- Das neue Wahlgesetz schreibt vor, daß die Wählervereinigungen/Wahlblöcke, die einen Kandidaten in einem Einzelwahlkreis aufstellen, für seine Registrierung ebenfalls Unterschriften sammeln müssen, und zwar von mindestens einem Prozent der Wähler des Wahlkreises. Die Verordnung von 1993 verlangte dies nicht von den Wählervereinigungen/Wahlblöcken, sondern nur von den Einzelkandidaten, die nicht von einer Wählervereinigung aufgestellt worden waren und die es ohnehin schwerer hatten (Art 39).
- Verschärft wurden auch die Bedingungen für die Registrierung der Listen einer Wählervereinigung. 100.000 Unterschriften - davon nicht mehr als 15 Prozent in einem Föderationssubjekt - reichen nun nicht mehr aus. Erforderlich sind jetzt 200.000 Unterschriften, wobei nicht mehr als nur noch sieben Prozent aus einem Föderationssubjekt stammen dürfen. Allerdings werden diejenigen Unterschriften auf die 200.000 angerechnet, welche die Wählervereinigung/Wahlblock zur Registrierung ihrer Kandidaten in den Einzelwahlkreisen gesammelt hat (Art. 39).
- Um eine Chancenungleichheit hinsichtlich der finanziellen Ausstattung der Kandidaten möglichst zu vermeiden, schreibt das Wahlgesetz die Bildung eines Wahlkampffonds vor, definiert dessen Quellen und bestimmt dessen finanzielle Obergrenze.

Wahlkampffinanzierung

Das Wahlgesetz enthält erstmals Vorschriften hinsichtlich der Wahlkampffinanzierung. So müssen für jeden Direktkandidaten bzw. jede Wählervereinigung/Wahlblock Wahlkampffonds gebildet werden, die folgendermaßen finanziert werden:

- aus Mitteln der Wahlkommissionen,
- aus privaten Mitteln des Kandidaten (nicht mehr als das 1000fache des Mindestlohns),
- aus Mitteln, welche eine Wählervereinigung dem Kandidaten zur Verfügung stellt (nicht mehr als das 1500fache des Mindestlohns),
- aus eigenen Mitteln der Wählervereinigung (nicht mehr als das 100.000fache des Mindestlohns) sowie
- aus Spenden von Einzelpersonen (nicht mehr als das 20fache des Mindestlohns für den Fonds eines Kandidaten und nicht mehr als das 30fache für den Fonds einer Wählervereinigung) und von juristischen Personen (die entsprechenden Obergrenzen liegen bei dem 200fachen bzw. 2000fachen des Mindestlohns) (Art. 52).

Verboten sind Spenden:

- aus dem Ausland, gleich ob von juristischen oder physischen Personen,
- von Joint Ventures mit mehr als 30 Prozent Auslandskapitalbeteiligung,
- von internationalen Organisationen und Bewegungen,
- von Organen der örtlichen Selbstverwaltung, von Staats- und Kommunalbetrieben sowie von Einrichtungen und -Organisationen der Russischen Föderation,
- von militärischen Einrichtungen - angesichts der erstmals zahlreich kandidierenden Militärs, nämlich von 100 Offizieren sowie von 23 Generalen und Admiralen⁶ eine nicht überflüssige Bestimmung - sowie
- von Wohlfahrts- und religiösen Organisationen (Art. 52).

Anonyme Spenden gehen an den Staat. Auch wenn die Verwendung anderer Finanzmittel dem Kandidaten verboten ist, kann man die Vorschriften durch die Annahme von Sachspenden sowie kostenloser Dienstleistungen und im Falle ausländischer Unterstützung durch das "Zwischenschalten" von russischen Stroh Männern unterlaufen.

Die Entnahmen des Kandidaten aus dem Fonds dürfen das 10.000fache und die Entnahmen der Wählervereinigungen/Wählerblöcke aus dem Fonds das 250.000fache des Mindestlohns nicht übersteigen (Art. 52). Der Mindestlohn wurde am 1. Mai 1995 auf 43.700 Rubel erhöht. Für eine Partei usw. lag also die Obergrenze bei 10,9 Mrd. Rubel oder 3,6 Mio. DM und für einen Direktkandidaten bei 437 Mio. Rubel oder 146.000 DM bei einem Kurs von rund 3.000 Rubel für 1 DM. Die Verwendung anderer Finanzmittel als derjenigen aus dem Wahlkampffonds ist sowohl den Kandidaten als auch den Wählervereinigungen/Wahlblöcken verboten (Art. 52).

Von den vier Parteien, die in die Staatsduma kamen, betrieb die "Kommunistische Partei der Russischen Föderation" (KPRF) Gennadij Sjuganows ihren Wahlkampf am ökonomischsten: Für ein Stimmenprozent gab sie nur 37,5 Mio. Rubel aus (12.500 DM). Bei JABLOKO (Wahlblock des Reformökonom Grigorj Jawlinskij) waren es 340 Mio. Rubel (113.300 DM), Premier Tschernomyrdins Wahlblock "Unser Haus Rußland" (UHR, russische Abkürzung NDR) brauchte dafür 560 Mio. Rubel (186.700 DM) und die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR) von Wladimir Schirinowskij⁷ sogar 925 Mio. Rubel (308.300 DM).⁸ Die LDPR konnte so viel Geld pro einem Prozent Wählerstimmen ausgeben, weil sie für den Wahlkampf über das meiste Geld verfügte: 10,7 Mrd. Rubel (3,6 Mio. DM). Von den 10,7 Mrd. Rubel der LDPR waren 5,3 Mrd. Rubel von juristischen und 997 Mio. Rubel von

⁶ Krasnaja zvezda, 15.12.1996; vgl. dazu auch: Wettig, Gerhard, Militär und Dumawahlen in Rußland, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 66/1995.

⁷ Zu den wichtigsten Parteien, Wählervereinigungen und Wahlblöcken vgl. die drei "Aktuellen Analysen des BIOst" des Autors: "Russische Parteien vor der Staatsdumawahl" (Nr. 60/1995), "Demokratische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl" (Nr. 67/1995) und "Zentristische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl" (Nr. 71/1995) sowie die beiden "Aktuellen Analysen des BIOst" von Heinz Timmermann "Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation; Teil I: Organisation und innerparteiliche Strömungen, Teil II: Die KP als Teil des nationalpatriotischen Lagers" (Nr. 69 und 70/1995).

⁸ Obščaja gazeta, Nr. 51 (21.-27.12.)1995.

767 natürlichen Personen gespendet worden. Ferner konnte die LDPR beim Wahlkampf auf 4,4 Mrd. Rubel eigene Mittel zurückgreifen. Die KPRF setzte 771 Mio. Rubel (257.400 DM) ein. UHR verfügte über 3,3 Mrd. Rubel (1,1 Mio. DM) und JABLOKO über 1,9 Mrd. Rubel (630.000 DM).⁹

Alle zur Wahl zugelassenen Parteien, Wählervereinigungen und Wahlblöcke erhielten vom 15. November bis zum 15. Dezember 1996 nach einem festgelegten Schema kostenlose Sendezeit morgens und abends von viermal à 7,5 Minuten im Russischen Fernsehen ORT, von viermal à 7,5 Minuten im "Telekanal 'WGTRK'" und von zweimal à 15 Minuten beim "Staatlichen Fernsehen 'Petersburg - 5. Kanal'". Kostenlose Radiowerbung stellten einmal von jeweils einer halben Stunde Dauer "Radio Rußland!", die "Radiostation 'Majak'", "Radio - 1" und die "Radiostation 'Junost'" zur Verfügung.¹⁰ Darüber hinaus konnten sich die Parteien usw. gegen Bezahlung zusätzlich Sendezeit kaufen. Eine Fernsehminute im ORT kostete 20.000 - 30.000 \$¹¹ und eine ganze Zeitungsseite kostete 80 Mio. Rubel oder rund 27.000 DM.¹²

Die Wahlentscheidung wurde laut einer Umfrage von Ende Dezember 1995 unter 1.600 Personen¹³ am stärksten zu 40 % durch das Fernsehen beeinflusst. Das ist in einem Land mit elf Zeitzonen und einem starken Rückgang der Zeitungsauflagen nicht verwunderlich. Aber an zweiter Stelle rangiert mit 24 % bereits die persönlich getroffene Wahlentscheidung. An dritter Stelle rangierte mit 13 % die spezielle Wahlwerbesspots im Fernsehen (predvybornyje roliki), gefolgt von 10 % von Ratschlägen von Freunden und Bekannten. Wahlwerbung im Radio und Artikel von bekannten Persönlichkeiten und Journalisten beeinflussten die Wähler nur zu je 9 %. Wahlplakate, die man in gewisser Häufigkeit und Größe nur in den Millionenstädten sah, sowie Postwurfsendungen hatten auf die Wahlentscheidung nur zu 7 % eine Auswirkung. Am Ende der Antwortskala rangieren mit 4 % persönliche Treffen mit Parteipolitikern.

Wahlfälschungsmöglichkeiten

In welchem Maße Wahlfälschungen stattfanden, ist zur Zeit noch nicht zu sagen. Theoretisch gibt es folgende Wahlfälschungs- bzw. Manipulationsmöglichkeiten¹⁴:

- direkte und indirekte Wahlbeeinflussung zugunsten einer Partei oder eines Kandidaten - Drohung mit Nachteilen oder Entlassung u.ä. und dadurch Druckausübung auf Wähler - verbreitet vor allem in Kolchosen durch den Kolchosvorsitzenden;

⁹ Rossijskaja gazeta, 6.12.1995.

¹⁰ Rossijskaja gazeta, 18.11.1995.

¹¹ ITAR-TASS, 11.10.1995; vgl. dazu auch: Belin, Laura, An Array of Mini-Parties Wage Futile Parliamentary Campaigns, in: Transition, 4, 1996, S. 15-19.

¹² Rossijskaja gazeta, 21.10.1995.

¹³ Izvestija, 11.1.1996.

¹⁴ Nach: Sobjanin, A.A./Suchovol'skij, V.G., Demokratija, ograničennaja fal'sifikacijami. Vyborny i referendумы v Rossii v 1991-1993 gg., Moskau 1995.

- Erhöhung der Zahl der ungültigen Stimmen durch Durchstreichen des Namens einer Partei oder eines Kandidaten auf einem eigentlich richtig ausgefüllten Stimmzettel;
- Hinzufügung von Stimmzetteln zugunsten einer gewünschten Partei oder eines erwünschten Kandidaten;
- Entfernen von Stimmzetteln, die für eine unerwünschte Partei oder einen unerwünschten Kandidaten abgegeben wurden;
- Umtausch einer gewissen Anzahl von Stimmzetteln, die für eine unerwünschte Partei oder einen nicht gewünschten Kandidaten abgegeben wurden, gegen Stimmzettel, auf denen für möglichst verschiedene, ebenfalls nicht erwünschte Parteien oder Kandidaten gestimmt wird;
- Umtausch einer gewissen Anzahl von Stimmzetteln, die für eine unerwünschte Partei oder einen nicht gewünschten Kandidaten abgegeben wurden, gegen Stimmzettel zugunsten einer gewünschten Partei oder eines gewünschten Kandidaten;
- die richtigen Ergebnisse werden einer anderen Partei oder einem anderen Kandidaten zugeschrieben.

Aus der Beobachtung der beiden Staatsdumawahlen 1993 und 1995 kommt der Autor dieser Zeilen zu dem Schluß, daß die wirkungsvollste und unauffälligste Wahlfälschung auf den Ebenen der computermäßigen Aggregation der Daten stattfinden müßte. Dabei könnten in Maschinencode geschriebene und deshalb nicht ohne weiteres lesbare Computerprogramme verwendet werden, welche die Abstimmungszahlen bei einer erwünschten Partei oder einem gewünschten Kandidaten mit einem Faktor über 1.0 und bei einer unerwünschten Partei oder einem nicht gewünschten Kandidaten mit einem Faktor unter 1.0 bereits bei der Dateneintragung automatisch multiplizieren. Die oben angeführten "herkömmlichen" Fälschungsmöglichkeiten können nur auf der untersten Ebene der Wahllokale durchgeführt werden; ihr Fälschungsgrad ist begrenzt und sie dürften sich bei Wahllokalen in verschiedenen politischen "Umgebungen" vielleicht sogar gegenseitig neutralisieren.¹⁵

Wahlergebnis

An der Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995 beteiligten sich 69,2 Millionen Wähler der 107,5 Millionen Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung von 64,3 % übertraf die Wahlbeteiligung von 1993 um 9,5 % und strafte die Unkenrufe über ein politisches Desinteresse der Wahlberechtigten Lügen. Während 1993 nur 13 Parteien, Wählervereinigungen und Wahl-

¹⁵ Zur Wahlbeobachtung der Staatsdumawahl 1995, vgl. folgende "Aktuelle Analysen des BIOst": Krüger, Sandra/Schröder, Hans-Henning/Timmermann, Heinz, "Wolgograd wählt. Ergebnisse einer Beobachtungsmission in der russischen Provinz" (Nr. 2/1996); Schwanitz, Simone, "Die Wahlen zur Staatsduma aus fernöstlicher Perspektive. Die Region Primorje" (Nr. 5/1996); Hübner, Peter/Luchterhand, Galina/Schneider, Eberhard, "Wahlbeobachtung 1995 in Jekaterinburg und Perwouralsk, Teil I: Vor der Wahl; Teil II: Am Wahltag und danach" (Nr. 10 und 11/1996).

blöcke¹⁶ kandidierten, waren es 1995 folgende 43¹⁷, deren Reihenfolge auf dem Stimmzettel von der Zentralen Wahlkommission ausgelost worden waren: 1. Die Wählervereinigung "Politische Bewegung 'Frauen Rußlands'" (Alewtina Fedulowa), 2. die Wählervereinigung "Sozial-patriotische Bewegung 'Großmacht'" (Aleksandr Ruzkoj), 3. die Wählervereinigung "Gesellschaftlich-politische Bewegung 'Duma-96'" (Wladimir Burenin), 4. der Wahlblock "Umgestaltung des Vaterlands" (Eduard Rossel), 5. der Wahlblock "Tichonow-Tupolew-Tichonow" (Aleksandr Tichonow), 6. die Wählervereinigung "Rußländische Allvolksbewegung" (Aleksandr Baschenow), 7. die Wählervereinigung "Allrußländische muslimische gesellschaftliche Bewegung 'Nur'" ("Licht") (Chalit Jachin), 8. die Wählervereinigung "Föderal-demokratische Bewegung" (Oleg Nowikow), 9. der "Wahlkampfblock, bestehend aus den Führern der Partei zum Schutz der Kinder (Frieden, Vertrauen und Glück), der Partei "Russische Frauen", der Partei der Orthodoxen (Glaube, Hoffnung und Liebe), der Christlich-monarchistische Partei, der Partei für die Union der slawischen Völker; der Partei für die in der Landwirtschaft Tätigen "Mütterchen Erde", der Partei zum Schutz der Invaliden, der Partei der Opfer von Machtorganen und Elenden (Walentin Dikul), 10. der Wahlblock "Inter-ethnische Union" (Abdullah Mikitajew), 11. die Wählervereinigung "Gesellschaftlich-politische Bewegung 'Stabiles Rußland'" (Oleg Petrow), 12. der Wahlblock "Generationen an der Zeitenwende" (Dmitrij Solonnikow), 13. die Wählervereinigung "Mein Vaterland" (Boris Gromow), 14. der Wahlblock "Für die Heimat" (Wladimir Polewanow), 15. der Wahlblock "Überparteiliche politische Bewegung der Wähler 'Gemeinsame Sache'" (Irina Chakamada), 16. der Wahlblock "Block der Unabhängigen" (Wladimir Komtschatow), 17. die Wählervereinigung "Allrussische gesellschaftlich-politische Bewegung 'Unser Haus Rußland'" (Wiktor Tschernomyrdin), 18. der Wahlblock "Pamfilowa - Gurow - Wladimir Lyssenko (Republikanische Partei der Russischen Föderation)" (Ella Pamfilowa), 19. die Wählervereinigung "Gesellschaftliche Vereinigung 'Jabloko'" (Grigorij Jawlinskij), 20. die Wählervereinigung "Gesellschaftlich-politische Bewegung 'Vorwärts, Rußland!'" (Boris Fjodorow), 21. der Wahlblock '89' (89 Regionen Rußlands)" (Pawel Medwedew), 22. die Wählervereinigung "Ökologische Partei Rußlands 'Kedr'" (Anatolij Panfilow), 23. der Wahlblock "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten" (Jegor Gajdar), 24. die Wählervereinigung die "Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht" (Sergej Schachraj), 25. die Wählervereinigung "Kommunistische Partei der Russischen Föderation" (Gennadij Sjuganow), 26. der Wahlblock "Block Stanislaw Goworuchins", 27. die Wählervereinigung "Assoziation der Rechtsanwälte Rußlands" (Alexej Malejew), 28. die Wählervereinigung "National-republikanische Partei Rußlands" (Nikolaj Lyssenko), 29. der Wahlblock "Sozialdemokraten" (Gawriil Popow), 30. der Wahlblock "Die Macht dem Volke" (Nikolaj Ryschkow), 31. die Wählervereinigung "Gesellschaftlich-politische Bewegung 'Kongreß der russischen Gemeinden'" (Jurij Skokow, Alexandr Lebed), 32. der Wahlblock "Gewerkschaften und Industrielle Rußlands - die Union der Arbeit" (Wladimir Schtscherbakow), 33. die Wählervereinigung "Liberal-demokratische Partei Rußlands (LDPR)" (Wladimir Schirinowskij), 34. der

¹⁶ Schneider, Eberhard, Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung, in: Berichte des BIOst, Nr. 15-1994, S. 9.

¹⁷ Kommersant-Daily, 11.11.1995, Izvestija, 14.11.1995.

"Wahlkampfblock, bestehend aus den Führern der Partei zum Schutz der Rentner und Veteranen, der Partei für die Ausrottung des Verbrechens - Gesetzlichkeit und Ordnung, der Partei für den Schutz des Gesundheitswesens, der Bildung, der Wissenschaft und der Kultur, der Partei für den Schutz der Jugend, der Vereinigung für freie Gewerkschaften, der Partei für Gerechtigkeit, der Partei für Naturschutz (Jewgenija Dawitaschwili [Dschuna]), 35. die Wählervereinigung "Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen" (Swjatoslaw Fjodorow), 36. der Wahlblock "Kommunisten - Arbeitendes Rußland - für die Sowjetunion" (Wiktor Tjulkin), 37. die Wählervereinigung "Partei der Bierliebhaber" (Konstantin Kalatschew), 38. Wahlblock "Block Iwan Rybkins", 39. die Wählervereinigung "Partei der wirtschaftlichen Freiheit" (Konstantin Borowoj), 40. die Wählervereinigung "Partei 'Volksunion'" (Wladimir Lukjanow), 41. die Wählervereinigung "Agrarpartei Rußlands" (Michail Lapschin), 42. die Wählervereinigung "Politische Partei 'Christlich-Demokratische Union - Christen Rußlands'" (Witalij Sawizkij), 43. die Wählervereinigung "Union der Russischen Wohnungsbauindustriearbeiter" (Leonid Tschernyschow). Für die 225 Einzelwahlkreise kandidierten 2.600 Direktkandidaten, also rund 12 pro Wahlkreis.¹⁸

Von den 43 angetretenen Parteien usw. konnten nur vier die Fünf-Prozent-Hürde überwinden: die KPRF, die LDPR, UHR und JABLOKO. Diese vier Parteien usw. erhielten zusammen 50,50 % der abgegebenen Stimmen, so daß 49,50 % aller Partei-Wahlervoten keine Widerspiegelung in der Staatsduma finden. In der folgenden Tabelle 1, die sich auf die Mitteilungen der Zentralen Wahlkommission stützt¹⁹, ist das Wahlergebnis zusammengestellt, wobei nur diejenigen Parteien usw. aufgenommen wurden, die entweder die Fünf-Prozent-Hürde (kursiv angegeben) überwinden oder wenigstens ein Direktmandat erringen konnten:

Tabelle 1

Ergebnis der Staatsdumawahl 1995						
Partei	Listenwahl			Direktwahl		
	1995 %	1993 %	+/- zu 1993 %	1995 N	1993 N	+/- zu 1993 N
KPRF	22,30	12,40	+9,90	58	13	+45
LDPR	11,18	22,92	-11,74	1	4	-3
UHR	10,13			10		
JBL ²⁰	6,89	7,86	-0,97	14	7	+7
FR ²¹	4,61	8,13	-3,52	3	2	+1
Kommunisten der UdSSR	4,53			1		
KRG ²²	4,31			5		

¹⁸ Mitteilung des Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Nikolaj Rjabow, nach INTERFAX 3.11.1995.

¹⁹ Rossijskaja gazeta, 6.1.1996; Süddeutsche Zeitung, 3.1.1996.

²⁰ JBL = Jabloko.

²¹ FR = "Frauen Rußlands".

²² KRG = "Kongreß der russischen Gemeinden".

Ergebnis der Staatsdumawahl 1995						
Partei	Listenwahl			Direktwahl		
	1995 %	1993 %	+/- zu 1993 %	1995 N	1993 N	+/- zu 1993 N
PSW ²³	3,98			1		
DWR ²⁴	3,86	15,51	-11,65	9	36	-27
APR ²⁵	3,78	7,99	-4,21	20	34	-14
Boris Fjodorow ²⁶	1,94			3		
MdV ²⁷	1,61			9		
Pamfilowa ²⁸	1,60			2		
Gewerkschaften/Industrielle ²⁹	1,55			1		
WIR ³⁰	1,11			3		
Goworuchin ³¹	0,99			1		
Gromow ³²	0,72			1		
Chakamada ³³	0,68			1		
PREE ³⁴	0,36	6,73	-6,37	1	12	-11
Rossel ³⁵	0,49			1		
Borowoj ³⁶	0,13			1		
Block der Unabhängigen	0,12			1		
Gruppe 89	0,08			1		
DPR ³⁷	0,00	5,52	-5,52	0	1	-1
Unabhängige				77	43	+34

²³ PSW = "Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen" von Swjatoslaw Fjodorow.

²⁴ DWR = "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten".

²⁵ APR = "Agrarpartei Rußlands".

²⁶ Wählervereinigung des ehemaligen Finanzministers Boris Fjodorow "Vorwärts, Rußland!".

²⁷ Wählervereinigung "Die Macht dem Volke" des letzten sowjetischen Regierungschefs Nikolaj Ryschkow.

²⁸ Wahlblock "Pamfilowa - Gurow - Wladimir Lyssenko (Republikanische Partei der Russischen Föderation)".

²⁹ "Gewerkschaften und Industrielle Rußlands - die Union der Arbeit".

³⁰ WIR = "Wahlblock Iwan Rybkin". Rybkin war Vorsitzender der Staatsduma.

³¹ "Wahlblock Stanislaw Goworuchins". Goworuchin ist ein bekannter Regisseur.

³² Wählervereinigung des ehemaligen Stellvertretenden Verteidigungsministers Boris Gromow "Mein Vaterland".

³³ Wählervereinigung "Gemeinsame Sache" der Abgeordneten der Staatsduma und Unternehmerin Irina Chakamada.

³⁴ PREE = "Partei der russischen Einheit und Eintracht" unter dem bisherigen Stellvertretenden Regierungschef Sergej Schachraj.

³⁵ Wählervereinigung des Gouverneurs des Gebiets Swerdlowsk, Eduard Rossel: "Umgestaltung des Vaterlands".

³⁶ "Partei der wirtschaftlichen Freiheit" des Unternehmers Konstantin Borowoj.

³⁷ DPR = "Demokratische Partei Rußlands"

Zu den Ergebnissen ist im einzelnen folgendes zu sagen:

Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Das wichtigste Ergebnis der Staatsdumawahl ist das nicht unerwartete gute Abschneiden der "Kommunistischen Partei der Russischen Föderation" (KPRF), die ihr Listenergebnis von 1993 um 9,90 % auf 22,30 % verbessern konnte. Der deutliche Sieg der KPRF ist ein Protest gegen Präsident Boris Jelzin, weniger gegen Regierungschef Viktor Tschernomyrdin, denn Jelzin rief am 15. Dezember 1995 - zwei Tage vor der Wahl - in einer Fernsehansprache ziemlich direkt dazu auf, Tschernomyrdins Wahlblock "Unser Haus Rußland" zu wählen³⁸. Die KPRF konnte so hohe Stimmengewinne aber wohl vor allem deshalb verbuchen, weil sie mit ihrer Wahlkampagne zwei Tendenzen in der Wählerschaft Rechnung trug: der Forderung nach einer stärkeren sozialen Abmilderung des Übergangs zur Marktwirtschaft und den nostalgischen Sehnsüchten nach der "guten alten" Sowjetzeit unter Breschnew.

Der KPRF gelang es auch, das Elektorat der "Kommunisten vom Lande", der kommunistischen "Agrarpartei Rußlands" (APR), weitgehend zu übernehmen, denn die APR schaffte als Partei 1995 nicht mehr den Sprung in die Staatsduma. Sie konnte jedoch zwanzig Direktmandate erringen, nicht zuletzt deshalb, weil sich in ca. 40 % der Wahlkreise die APR und die KPRF abgesprochen hatten, jeweils denjenigen Kandidaten aufzustellen, der die größten Wahlchancen hat. Die im Februar 1993 gegründete APR war nur deshalb gebildet worden, weil damals nicht abzusehen war, ob es nach dem Verbot der KPdSU im November 1991 gelingen würde, eine schlagkräftige neue Kommunistische Partei aufzubauen, die auch an der Staatsdumawahl 1993 teilnehmen konnte.

Der KPRF-Fraktion gehören folgende wichtige Abgeordnete an:

- Parteichef Gennadij Sjuganow,
- Aman Tulejew, Mitglied des Komitees (= Ausschuß) des Föderationsrats für Haushalt, Finanzen, Währungs- und Kreditregulierung, Geldemission, Steuerpolitik sowie Zollwesen. (Tulejew, 1944 als Sohn eines Kasachen und einer Tatarin geboren, ist Vorsitzender des Gebietsparlaments von Kemerowo. Am 12. Juni 1991 kandidierte er für das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation. Im August 1991 hatte Tulejew Kontakt mit den Putschisten. In der politischen Auseinandersetzung 1993 stand Tulejew auf Seiten des Obersten Sowjet der Russischen Föderation gegen Jelzin.),
- Walentin Kupzow, Erster Stellvertretender KPRF-Vorsitzender und der letzte Parteichef der KP der RSFSR,
- Anatolij Lukjanow (Direktmandat), ehemaliger Vorsitzender des Obersten Sowjet der UdSSR, der im August 1991 gegen Gorbatschow putschte,
- Armeegeneral Walentin Warennikow, ehemaliger Stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR und Oberbefehlshaber der russischen Landstreitkräfte, der im Oktober 1993

³⁸ Rossijskie vesti, 16.12.1995.

gegen Jelzin putschte und heute die "Allrussische Offiziersversammlung" anführt. Warennikow lehnte im Februar 1994 die von der damaligen Staatsduma ausgeprochene und den Putschisten gewährte Amnestie als einziger ab und bestand auf einem Prozeß, der mit einem Freispruch endete.

- Albert Makaschow (Direktmandat), Ko-Vorsitzender der nationalistischen "Front der nationalen Rettung", von 1989 bis 1991 Befehlshaber des Militärbezirks Wolga-Ural, dann wegen Unterstützung des Putsches gegen Gorbatschow entlassen, von 1989 bis 1991 Volksdeputierter der UdSSR, von 1990-91 Mitglied des ZK der KP der RSFSR, erhielt am 12. Juni 1991 vier Prozent der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl, im Oktober 1993 Kommandeur des militärischen Widerstandes im Weißen Haus beim Putsch gegen Jelzin, verhaftet und im Februar 1994 durch die damalige Staatsduma amnestiert.

Liberal-demokratische Partei Rußlands

Die "Liberal-demokratische Partei Rußlands" (LDPR) von Wladimir Schirinowskij erreichte das zweitbeste Listenergebnis. Sie konnte zwar ihr überraschend gutes Resultat von 1993 nicht wiederholen, sondern mußte sich mit dessen Halbierung (- 11,74 %) auf 11,18 % zufriedengeben. Die LDPR konnte sich aber mit dieser Hälfte stabilisieren, was angesichts der Konkurrenz durch andere nationalistische Parteien usw. kein geringer Erfolg ist. Ein Teil der Protestwähler, die 1993 LDPR gewählt hatten, dürfte jetzt die Kommunisten gewählt haben, zumal die KPRF auch die nationalistische Karte spielt.

Der LDPR-Fraktion gehören u.a. an:

- Parteichef Wladimir Schirinowskij,
- Sergej Abelzew, Mitglied im bisherigen Komitee (= Ausschuß) der Staatsduma für Sicherheit. Abelzew, Jahrgang 1961, absolvierte 1982 eine Offiziershochschule und arbeitete dann bis 1985 als Offizier der Militärspionage [GRU]. Anschließend versuchte er sich in kommerziellen Strukturen. Seit 1988 leitet er als Stellvertretender Direktor die Lenin-Kolchose im Ljuberezkjer Rajon in der Nähe von Moskau. Zur Zeit studiert er an der Fakultät für Außenwirtschaftliche Beziehungen der Akademie für Außenhandel. Im Schattenkabinett der LDPR ist er Sicherheitsminister.
- Alexander Wengerowskij, Stellvertretender LDPR-Vorsitzender sowie Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma von 1993. Wengerowskij, 1953 in Moskau geboren, ist im LDPR-Schattenkabinett Regierungschef und zugleich Chef des Nachrichtendienstes. Er absolvierte das Moskauer Luftfahrtinstitut als Ingenieur für Radiotechnik im Rang eines Offiziers für militärische Raumfahrt und arbeitete dann in einem Rüstungsforschungsinstitut. Später leitete er eine Hauptverwaltung im Russischen Komitee für Informatik. Wengerowskij - bis 1991 KPdSU-Mitglied - ist ein erfahrener Spionageabwehrmann und hat gute Kontakte zum militärisch-industriellen Komplex, besonders zur Raumfahrt, sowie zu Unternehmen der Chemie- und Holzindustrie. Wengerowskij ist der engste Berater Schirinowskijs und hat großen Einfluß auf die Leitung der Partei.

Unser Haus Rußland

Das drittbeste Wahlergebnis erreichte mit 10,13 % der rechts-zentristische Wahlblock "Unser Haus Rußland" (UHR) von Regierungschef Viktor Tschernomyrdin. Diese neue "Partei der Macht" konnte trotz aller offiziellen und halboffiziellen Unterstützung kein besseres Ergebnis erreichen. Auf der anderen Seite trat UHR als einzige der vier Parteien, die in die Staatsduma gewählt wurden, zum ersten Mal an und konnte aus dem Stand dieses Ergebnis erreichen. In dieser Situation war 1993 die damalige "Partei der Macht", die Reform-Wählervereinigung "Wahl Rußlands" des damaligen Ersten Stellvertretenden Regierungschefs Jegor Gajdar, der bei der Listenwahl am 12. Dezember 1993 allerdings auf Anhieb 17,8 % erreichte.

JABLOKO

Von den demokratischen Parteien schaffte nur die Reformgruppierung JABLOKO von Grigorij Jawlinskij mit 6,89 % knapp den Sprung ins Parlament. Überraschenderweise konnte weder die umbenannte Reformgruppierung "Demokratische Wahl Rußlands - Vereinte Demokraten" von Gajdar noch der national-zentristische "Kongreß der russischen Gemeinden" unter dem Gespann Skokow/Lebed die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Gajdar wird bis heute von vielen Wählern der schockartige Übergang zur Marktwirtschaft verübelt, der sie vor gewaltige wirtschaftliche und soziale Probleme stellte. Eine im Mai 1995 vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der "Demokratischen Wahl Rußlands" und JABLOKO scheiterte an programmatischen Differenzen, aber wohl auch am politischen Ehrgeiz und an der Eigenwilligkeit Jawlinskis.

Elektorat

Das Elektorat der vier Parteien, die in die Staatsduma kamen, setzt sich nach einer Ende Dezember 1995 unter 1.600 Personen durchgeführten Umfrage des angesehenen Moskauer Meinungsforschungsinstituts "Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung" (WZIOM) folgendermaßen zusammen:³⁹

Tabelle 2

Elektorat der Staatsduma 1995 (in %)				
	KPRF	LDPR	UHR	JBL
<i>Alter:</i>				
18-24 Jahre	5	10	9	15
25-39 Jahre	14	30	29	33
40-54 Jahre	32	33	31	28
älter als 55 Jahre	49	26	31	25
<i>Bildung:</i>				
Hochschule	10	4	19	30

³⁹ Izvestija, 11.1.1996.

Elektorat der Staatsduma 1995 (in %)				
	KPRF	LDPR	UHR	JBL
Mittelschule	38	44	53	45
weniger als Mittelschule	50	51	28	25
<i>Berufe:</i>				
Unternehmer	1	2	3	4
Spezialisten	8	4	15	21
Arbeiter	29	48	23	22
Rentner	46	23	32	20
<i>Stadt/Land:</i>				
Moskau	4	2	7	13
Großstadt	36	27	45	46
Kleinstadt	32	36	28	39
Dorf	32	37	27	15
<i>Sozialismus unterstützen:</i>				
ja	58	34	14	24
nein	22	44	65	49
<i>Eigene Lage:</i>				
gut-passabel	6	10	25	16
erträglich	51	45	57	63
unerträglich	39	39	15	17

Bei der Analyse des Elektorats der vier in die Staatsduma gewählten Parteien fällt bei der Altersvariable auf, daß sich die Wählerschaft der KPRF fast zur Hälfte aus Personen zusammensetzt, die über 55 Jahre alt sind. Die KPRF, die selbst zum großen Teil aus älteren Mitgliedern besteht, stößt also vor allem bei denjenigen auf Resonanz, die keine aktiven Funktionen mehr in Rußland innehaben. Den höchsten Prozentsatz an Wählern unter 24 Jahren weist mit 15 % die Reformgruppierung JABLOKO auf, die entschieden für die Marktwirtschaft eintritt, was eher Sache der neuen Generation ist. Das Elektorat von JABLOKO besteht außerdem zu einem Drittel aus Hochschulabsolventen, während die Wahlpropaganda von Sjuganow und Schirinowskij bei Wählern mit dem niedrigsten Bildungsstand Widerhall findet: sie stellen die Hälfte der KPRF- und der LDPR-Wähler.

Die Untersuchung der Berufsstruktur bestätigt für die KPRF die Aussage hinsichtlich der Altersvariable: Fast die Hälfte der KPRF-Wähler sind Rentner. Auf der anderen Seite fällt auf, daß vom LDPR-Elektorat 48 % Arbeiter sind, ein Drittel mehr als bei der KPRF-Wählerschaft. Es wäre nicht das erste Mal in der europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts, daß nationalistische Positionen mit sozialistischen Elementen - die man verbal bekämpft - vermengt werden. JABLOKO, die eher eine gebildete Wählerschaft anspricht, weist mit 13 % den höchsten Vertretungsgrad in Moskau auf. UHR ist mit 45 % am stärksten in den Großstädten, wo auch JABLOKO mit 46 % seine zweitstärkste Basis unter der Wählerschaft hat. Die LDPR erreichte zu 37 % etwas stärker als die KPRF die Wählerschaft in den Dörfern. Die LDPR hat also hinsichtlich ihres Elektorats demnach zwei "Standbeine": die Arbeiterschaft und die Landbevölkerung.

Auf die Frage, ob die Wähler die Ideen des Sozialismus unterstützen, antworteten - wie zu erwarten - die meisten KPRF-Wähler mit "ja", nämlich 58 %, aber auch 34 % der LDPR-Wähler, die demnach nicht alle von sozialistischen Vorstellungen Abschied genommen haben, sondern ihnen - wenn auch in ein nationalistisches Gewand gekleidet - zu einem Drittel weiterhin anhängen. Die Beantwortung der Frage nach der eigenen Situation macht deutlich, daß sowohl die KPRF als auch die LDPR mit je 39 % ihre Wählerschaft viel stärker am untersten Ende der sozialen Skala rekrutiert als UHR und JABLOKO, was den höchsten Werten bei der Berufsvariable entspricht ("Rentner" bei der KPRF bzw. "Arbeiter" bei der LDPR). Am besten situiert ist das UHR-Elektorat, denn ein Viertel von ihnen kommt mit seiner jetzigen Lage zurecht. Das sind vermutlich die 18 % Unternehmer und Spezialisten, die sich bei der Berufsvariable für UHR aussprachen.

Personelle Folgen des Wahlergebnisses

Der Präsident ist nicht gezwungen, aus den Parlamentswahlen personelle Konsequenzen zu ziehen. Auch die russische Regierung ist nicht an das Parlament, sondern an den Präsidenten gebunden, denn laut Art. 116 der Verfassung legt die Regierung vor dem neu gewählten Präsidenten ihre Vollmachten nieder. Aber so, wie Jelzin aus dem Wahlsieg Schirinowskij bei der ersten Staatsdumawahl am 12. Dezember 1993 seine politischen Schlußfolgerungen zog, die vor allem in einem nationalistischeren Kurs der russischen Außenpolitik bestehen, so begann er nach dem Wahlsieg Sjuganows am 17. Dezember 1995 personelle Veränderungen vorzunehmen: Außenminister Andrej Kosyrew, der in letzter Zeit vom Präsidenten öffentlich kritisiert worden war, sowie der Stellvertretende Regierungschef Sergej Schachraj traten zurück, um ihre Mandate wahrnehmen zu können. Die Ernennung des nationalistischer orientierten neuen Außenministers Jewgenij Primakow wurde sowohl von Sjuganow als auch von Schirinowskij begrüßt. Da die Verfassung das gleichzeitige Ausüben eines Mandats sowie einer exekutiven Spitzenfunktion verbietet, blieb auf der anderen Seite Tschernomyrdin nichts anderes übrig, als auf sein Mandat zu verzichten, um weiterhin Premier bleiben zu können.

Jelzin löste auch den als Reformler geltenden Leiter der riesigen Administration des Präsidenten, Sergej Filatow, ab, um ihn durch den ehemaligen Nationalitätenminister Nikolaj Jegorow, der im Sommer 1995 wegen der Geiselnahmen in Budjonnowsk zurücktreten mußte und nicht im Rufe eines Reformers steht, zu ersetzen. Filatow wurde Stellvertretender Leiter des Stabes, der Jelzins Präsidentschaftswahlkampf leitet.

Ferner trat auf Druck Jelzins der Erste Stellvertretende Regierungschef Anatolij Tschubajs zurück, der als letzter Reformler in der Regierung für Wirtschaftsreformen und für das von den Kommunisten und Nationalisten heftig bekämpfte Privatisierungsprogramm zuständig war. Jelzin machte ihn für das schlechte Abschneiden von UHR verantwortlich. "Wenn wir ihn früher gefeuert hätten, hätten wir (gemeint ist UHR. E.S.) 20 Prozent bekommen."⁴⁰

⁴⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.1.1996.

Sein Nachfolger wurde Wladimir Kadannikow, der Generaldirektor des russischen Autokonzerns AwtoWas in Toljatti, der zu den höchstverschuldeten Betrieben Rußlands gehört.

Die neue Staatsduma

In die Staatsduma zogen 157 Abgeordnete ein, die ihr schon vorher angehört haben, und 15 ehemalige Abgeordnete des Föderationsrats.⁴¹ Das bedeutet, daß 278 Abgeordnete neu sind, was 61,78 % entspricht. Der Deutsche Bundestag von 1994 weist dagegen nur eine halb so große Erneuerungsrate von 30,5 % auf (205 von 672).⁴² Mit rund zwei Dritteln neuen Abgeordneten weist die jetzige Staatsduma einen hohen personellen Erneuerungsgrad auf. Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt mit 48 Jahren ein Jahr unter dem der Bundestagsabgeordneten mit 49 Jahren. Der Frauenanteil unter den Abgeordneten ging von 12,89 % oder 58 Abgeordnete auf 10,22 % oder 46 Abgeordnete zurück. Im Bundestag sind mit 26,2 % (176 von 672) rund doppelt so viel Frauen vertreten. Der Anteil der Moskauer Abgeordneten ist aufgrund der neuen Wahlrechtsbestimmung, daß die Bundesliste der Parteien nur noch aus zwölf Abgeordneten bestehen darf, von 60 % auf 29 % gesunken, was eine größere Regionalisierung bedeutet. Fast die Hälfte der Abgeordneten (219 Abgeordnete oder 48,7 %) verfügt über Parlamentserfahrungen, denn sie waren vorher in regionalen oder örtlichen Volksvertretungen tätig. Etwa ein Zehntel der Abgeordneten (52 oder 11,6 %) hatten exekutive Funktionen inne. 16,9 % (76 Abgeordnete) sind Geschäftsleute, ein gutes Drittel (34,2 % oder 154 Abgeordnete) ist in verschiedenen Industriezweigen tätig, 6,7 % (30 Abgeordnete) arbeiten in verschiedenen sozialen Organisationen und 6,4 % (29 Abgeordnete) sind Schriftsteller, Künstler oder Schauspieler. (Die Berufsstruktur des Deutschen Bundestages ist nicht vergleichbar mit den obigen Angaben über die neue Staatsduma.)

Die Geschäftsordnung der Staatsduma schreibt für die Bildung einer Fraktion mindestens 35 Mitglieder vor. Die folgende Tabelle 3⁴³ enthält eine Aufstellung der Fraktionen der neuen Staatsduma. Daß die Fraktionsstärke nicht immer der Summe der Listen- und der Direktmandate entspricht, erklärt sich daraus, daß manche Fraktionen auch parteilose Abgeordnete auf ihren Listen hatten, die dann zu anderen Fraktionen abwandern. Auf der anderen Seite haben viele unabhängige Kandidaten neue Fraktionen gebildet oder haben Parteigruppierungen - wie z.B. bei der APR - personell aufgefüllt, damit sie Fraktionsstärke erreichen.

⁴¹ OMRI DAILY DIGEST No. 12, Part I, 17.1.1996.

⁴² Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode 1994, Darmstadt 1995, S. 300-303.

⁴³ Nach Meldungen von ITAR-TASS, 16.1.1996.

Tabelle 3

Fraktionen der Staatsduma 1995								
Fraktion	Listenmandate		Direktmandate		Insgesamt			
	1995 N	1993 N	1995 N	1993 N	1995 N	1993 N	1995 %	1993 %
1. Kommunisten/Nationalisten								
KPRF	99	32	58	13	149	45	33,1	10,1
LDPR	50	59	1	4	51	63	11,3	14,2
Agrarier	0	21 ⁴⁴	20	34 ⁴⁵	35	55	7,8	12,4
					235	163	52,2	36,7
2. Zentristen								
Volksmacht	0		9		37		8,2	
Rußlands Regionen	0			67 ⁴⁶	42	67 ⁴⁷	9,3	15,1
					79	105	17,5	23,6
3. "Partei der Macht"								
UHR	45		10		55		12,2	
4. Demokraten								
JBL	31	20	14	7	46	27	10,2	6,1
5. Unabhängige								
			35	43	35	43	7,8	9,7

Die KPRF stellt mit 33,1 % ein Drittel der Abgeordneten der neuen Staatsduma, was eine Verdreifachung der Fraktionsstärke bedeutet. Die zweitstärkste Fraktion mit 12,2 % bildet UHR, die neue "Partei der Macht", von Regierungschef Tschernomyrdin. UHR wurde keinem bestimmten Lager zugeordnet, weil der Wahlblock des Regierungschefs weitgehend die Politik Jelzins unterstützen dürfte, zu der die übrigen Fraktionen in Opposition stehen, auch die JABLOKO-Fraktion. Die drittgrößte Fraktion mit 11,3 % bildet die Partei mit dem zweitbesten Listenergebnis, die LDPR, die nur ein Direktmandat erringen konnte, was ihre geringe Verankerung in der Provinz zeigt. Um 4,1 % konnte sich die einzige Reformfraktion der Staatsduma, die JABLOKO-Fraktion, vergrößern. Die übrigen Fraktionen sind nicht das Ergebnis der Listenwahl, sondern der Zusammenschluß von unabhängigen Abgeordneten oder direkt gewählten Abgeordneten von Splitterparteien und -gruppierungen. Sie sind - mit Ausnahme der kommunistischen APR - zentristisch orientiert.

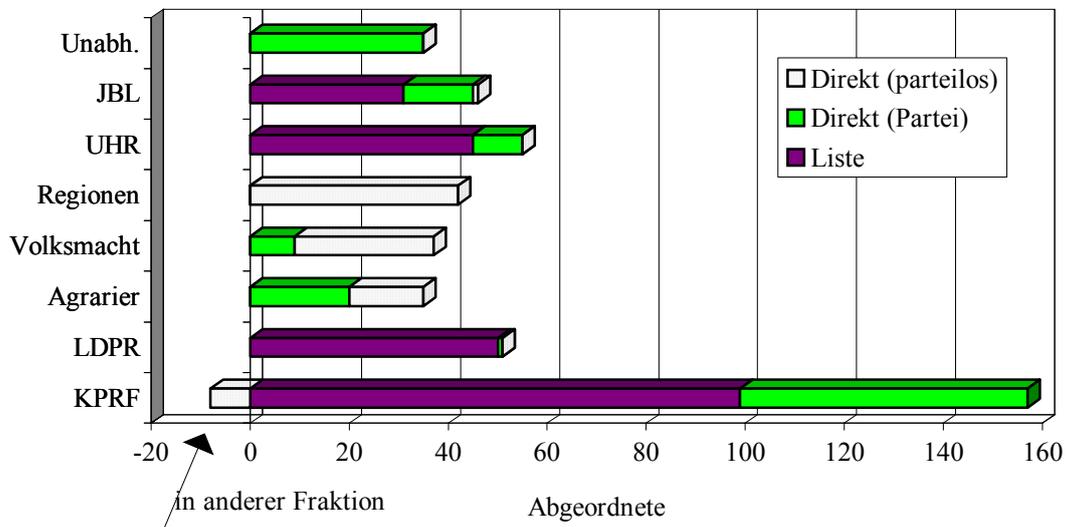
⁴⁴ Zahlen der APR-Fraktion der Staatsduma von 1993.

⁴⁵ Zahlen der APR-Fraktion der Staatsduma von 1993.

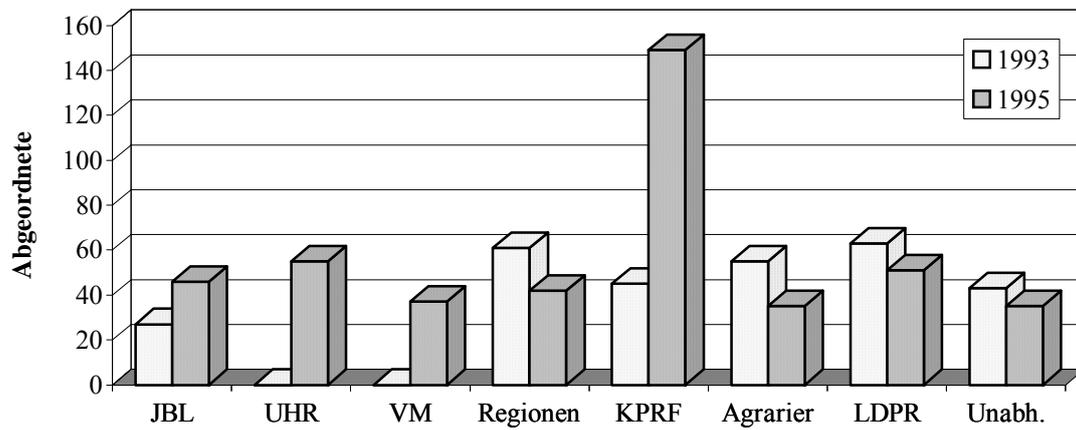
⁴⁶ Zahlen der Fraktion "Neue regionale Politik" der Staatsduma von 1993.

⁴⁷ Zahlen der Fraktion "Neue regionale Politik" der Staatsduma von 1993.

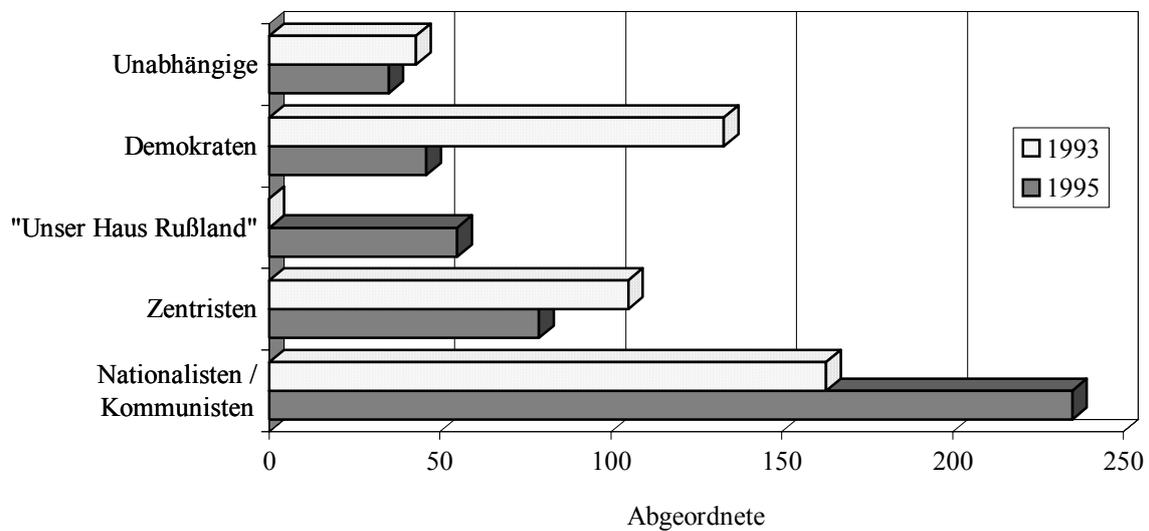
Fraktionen der russischen Staatsduma 1995



Fraktionen der russischen Staatsduma 1993 / 95



"Lager" der russischen Staatsduma 1993 / 95



Die neuen Parteifraktionen der Staatsduma setzen sich soziologisch folgendermaßen zusammen⁴⁸:

Tabelle 4

Soziale Zusammensetzung der vier Parteifraktionen				
	KPRF	LDPR	UHR	JBL
	% (N)	% (N)	% (N)	% (N)
Durchschnittsalter	51 J.	42 J.	48 J.	43 J.
Frauen	10,8 % (17)	0,0 %	7,0 % (4)	13,3 % (6)
Städteanteil				
1. Häufigkeit	Moskau 24,8 % (39)	Moskau 43,1 % (22)	Moskau 24,6 % (14)	Moskau 42,2 % (19)
2. Häufigkeit	Woronesch 3,8 % (6)	Moskauer Gebiet 9,8 % (5)	St. Petersburg 7,0 % (4)	St. Petersburg 17,8 % (8)

⁴⁸ Da noch nicht die genaue namentliche Zusammensetzung aller Fraktionen vorliegt, konnten nur diejenigen Abgeordneten für die Analyse herangezogen werden, die unter Angabe ihrer Parteizugehörigkeit als Listen- oder Direktkandidaten gewählt worden sind.

Soziale Zusammensetzung der vier Parteifractionen				
	KPRF % (N)	LDPR % (N)	UHR % (N)	JBL % (N)
Rekrutierungsebene				
1. Häufigkeit	Lokal 49,0 % (77)	Zentral 64,7 % (33)	Lokal 29,8 % (17)	Zentral 53,3 % (24)
2. Häufigkeit	Zentral 33,8 % (53)	Lokal 31,4 % (16)	Zentral 26,3 % (15)	Lokal 33,3 % (15)
3. Häufigkeit	Gebiet 7,6 % (12)	Gebiet 2,0 % (1)	Gebiet 19,3 % (11)	Gebiet 11,1 % (5)
Rekrutierungsposition				
1. Häufigkeit	Abgeord. 32,5 % (51)	Abgeord. 52,9 % (27)	Admin. 38,6 % (22)	Abgeord. 51,1 % (23)
2. Häufigkeit	Privatwirtschaft 10,2 % (16)	Partei 11,8 % (6)	Abgeord. 15,8 % (9)	Privatwirtschaft/ Admin. je 8,9 % (4)
3. Häufigkeit	Wissenschaft/ Parlamentsapparat je 8,3 % (13)	Privatwirtschaft 9,8 % (5)	Wissenschaft 12,3 % (7)	Wissenschaft/ Stiftung/Gewerkschaft je 6,7 % (3)
Mitglieder der Föderalversammlung 1993				
Staatsduma	22,3 % (35)	52,9 % (27)	12,3 % (7)	42,2 % (19)
Föderationsrat	2,5 % (4)	0,0 % (0)	0,0 % (0)	2,2 % (1)
kein Mitglied	75,2 % (118)	47,1 % (24)	87,7 % (50)	55,6 % (25)

Das geringste Durchschnittsalter weist mit 42 Jahren die LDPR-Fraktion - drei Jahre niedriger als 1993⁴⁹ - auf, gefolgt von der JABLOKO-Fraktion mit 43 Jahren. Das Durchschnittsalter der UHR-Fraktion von 48 Jahren, das dem aller 450 Abgeordneten entspricht, ist Ausdruck dafür, daß diese neue "Partei der Macht" vor allem Mitglieder der Administration und Direktoren der staatlichen Großbetriebe in das Parlament entsandte, die erst in einem gewissen Alter in diese Positionen kommen. Das höhere Durchschnittsalter von 51 Jahren der KPRF-

⁴⁹ Schneider, Eberhard, Die nationalistische und die kommunistischen Fraktionen der rußländischen Staatsduma, Berichte des BIOst, Nr. 28-1995.

Fraktion überrascht nicht, sondern entspricht dem - verglichen mit den anderen drei Fraktionen - älteren Elektorat der KPRF.⁵⁰ Die Frauen sind in drei Fraktionen deutlich unterrepräsentiert und fehlen in der LDPR-Fraktion völlig.

Die Moskauer-"Lastigkeit" ist bei der LDPR, die nach wie vor keine breite Verankerung in der Provinz aufweist, mit 43,1 % am höchsten, gefolgt vom Wahlblock JABLOKO mit 42,2 %, der seine Abgeordneten ebenfalls stärker in der Hauptstadt suchte. Diese Werte entsprechen auch der Dominanz der zentralen Rekrutierungsebene mit 64,7 % - 13 % mehr als 1993 - bei der LDPR und mit 53,3 % bei JABLOKO. Die KPRF- und die UHR-Abgeordneten stammen zu rund einem Viertel aus Moskau. Bei der KPRF mit ihrer breiten regionalen Basis, dominiert mit 49,0 % die lokale Ebene, gefolgt von UHR mit 29,8 %. Den höchsten Wert auf der Gebietsebene hat mit 19,3 % UHR, denn auf dieser Ebene ist die wichtige Administrationsklientel des Regierungswahlblocks angesiedelt. Daß die Prozentwerte für die Rekrutierung auf der zentralen Ebene unter Umständen größer sind als die Werte für die Stadt Moskau erklärt sich daraus, daß z.B. der Abgeordnete als ehemaliger Staatsdumadeputierter, also in einer zentralen Position, wiedergewählt wurde, er aber ortsmäßig aus der Region stammt und dort auch kandidierte.

UHR ist die einzige der vier Fraktionen, die mit 38,6 % die meisten Abgeordneten in Administrationspositionen rekrutierte, was seiner Wählerklientel entspricht. Bei den anderen drei Fraktionen weist die Abgeordnetenfunktion die größte Häufigkeit auf, am stärksten bei der LDPR-Fraktion mit 52,9 %, gefolgt von JABLOKO mit 51,1 % und der KPRF-Fraktion mit 32,5 %. Erst am zweiten Stelle rangieren deshalb bei der KPRF- und der LDPR-Fraktion diejenigen Apparate, aus denen bei diesen 1993 am häufigsten rekrutiert wurde: die Wissenschaft bei der Sjuganow-Fraktion und der LDPR-Apparat bei der Schirinowskij-Fraktion.

Da die Ausprägung "Abgeordnete" alle Abgeordnetenpositionen einschließt, auch z.B. diejenigen einer Gebietsduma, wurde gesondert nach der Mitgliedschaft in der vorigen Föderalversammlung, also in der Staatsduma oder im Föderationsrat, gefragt. Daraus ergibt sich, daß sich die Fraktionen auch hinsichtlich der personellen Erneuerung unterscheiden: 87,7 % der UHR-Fraktionen waren 1993 noch nicht Abgeordnete der Staatsduma, was nicht verwunderlich ist, da UHR als neuer Wahlblock neue politische Kräfte aufbieten mußte. Dagegen zeigt sich bei der LDPR-Fraktion, deren Mitglieder schon zu 52,9 % in der vorigen Staatsduma waren, eine deutliche "Erbhof"-Mentalität. Gleiches gilt abgeschwächt für die JABLOKO-Fraktion (42,2 % Alt-Abgeordnete). Erstaunlich ist, daß die KPRF-Fraktion zu drei Vierteln keine ehemaligen Staatsduma- oder Föderationsratsabgeordneten in ihren Reihen aufweist, was sich wohl auch aus ihrem guten Abschneiden bei der Staatsdumawahl erklärt, das zu einer Vergrößerung ihrer Fraktion um 200 % führte.

Die Kommunisten und Nationalisten, die in der letzten Staatsduma oft in gleichem Sinne abstimmten⁵¹, verfügen in der neuen Staatsduma über 52,2 % der Abgeordneten, 15,5 % mehr

⁵⁰ Vgl. Tabelle 2.

⁵¹ Vgl. dazu: Schneider, Eberhard, Die nationalistische ...

als 1993. Die Demokraten hingegen, die nur noch aus JABLOKO bestehen, verringerten ihren 30 %-Anteil von 1993 um zwei Drittel auf ein Drittel (= 10,2 %). Die "Partei der Macht" mit 55 Abgeordneten oder 12,2 % nimmt in der Staatsduma eine eigene Position ein. Die Zentristen schrumpften um 6,1 % auf 17,5 %, was eine gewisse politische Polarisierung der Staatsduma widerspiegelt. Hinzu kommen noch 35 direkt gewählte unabhängige Abgeordnete, deren Anteil um 1,9 % auf 7,8 % zurückgegangen ist, was ebenfalls Ausdruck einer gewissen politischen Polarisierung ist. Sie stimmen im allgemeinen unterschiedlich und nicht einheitlich ab, je nachdem, um welche Frage es dabei geht und wo ihre Interessen liegen.

Bei der Beurteilung des Kräfteverhältnisses in der neuen Staatsduma sind die von der Verfassung vorgeschriebenen Mehrheiten zu beachten:

- Die *Mehrheit* der Stimmen aller Abgeordneten, also mehr als 50 %, ist für (a) die Annahme von Gesetzen (Art. 105, Abs. 2), (b) die Verabschiedung eines Mißtrauensvotums gegen die Regierung (Art. 117, Abs. 3) oder für (c) die Ablehnung einer von der Regierung gestellten Vertrauensfrage (Art. 117, Abs. 4) nötig.
- Um (a) die Ablehnung eines von der Staatsduma angenommenen Gesetzes durch den Föderationsrat (Art. 105, Abs. 5) oder (b) ein Veto des Präsidenten aufzuheben (Art. 107, Abs. 3) sowie um (c) Artikel in den Kapiteln 3 bis 8 der Verfassung zu ändern (Art. 136 in Verbindung mit Art. 108, Abs.2), sind *zwei Drittel* der Stimmen aller Abgeordneten, also 66,67 %, erforderlich.
- Um das schwierige Verfahren zur Änderung von Artikeln in den besonders geschützten Kapiteln 1, 2 und 9 der Verfassung einzuleiten (Art. 135, Abs. 2), verlangt die Verfassung *drei Fünftel* (60 %) der Stimmen aller Abgeordneten.

Die Kommunisten und Nationalisten kommen in der neuen Staatsduma zusammen auf 52,2 %. Können sie bei einer Abstimmung noch die 17,5 % Zentristen hinzugewinnen, vergrößert sich ihr Anteil auf 69,7 %. Diesem abgestuften "Lager" der Opposition steht unter Hinzuziehung von UHR ein bescheideneres "Lager" der Reformer mit nur 22,4 % gegenüber. Sollte es diesen sogar gelingen, was äußerst unwahrscheinlich ist, für eine Abstimmung in ihrem Sinne zusätzlich die Stimmen der Zentristen und der Unabhängigen zu gewinnen, so reichen die 220 Abgeordneten oder 47,7 % immer noch nicht für die Mehrheit aller Abgeordneten aus, wenn auch nicht mehr viel dazu fehlt.

Was ergibt sich aus diesen neuen Mehrheitsverhältnissen in der Staatsduma?

- Kommunisten und Nationalisten können jedes Gesetz verabschieden, das sie wollen, sofern es nicht die Zustimmung des Föderationsrats bedarf (Art. 108), und einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung beschließen.
- Kommunisten, Nationalisten und Zentristen können zusammen jede Ablehnung eines von der Staatsduma angenommenen Gesetzes durch den Föderationsrat und jedes Veto des Präsidenten gegen ein Gesetz aufheben, die Artikel der Verfassung in den Kapiteln 3 bis 8 ändern sowie eine Vorlage zur Revision der Verfassungsartikel der Kapitel 1, 2 und 9 einbringen. Die Kapitel 1, 2 und 9 enthalten die Artikel über die Grundlagen der Verfassungs-

ordnung, also daß die Russische Föderation ein föderaler Rechtsstaat mit selbständigen gesetzgebenden, ausführenden und rechtsprechenden Organen sowie mit einem Mehrparteiensystem ist, und über die Menschen- und Bürgerrechte mit der zentralen Aussage, daß der Mensch, seine Rechte und Freiheiten, die höchsten Werte im Staat sind, zu deren Anerkennung, Einhaltung und Schutz er sich verpflichtet hat. Wer diese Artikel ändern will, muß eine neue Verfassung einführen. Dazu ist eine Verfassungsversammlung nötig, zu deren Einberufung die Verfassung drei Fünftel der Stimmen der Gesamtzahl der Abgeordneten beider Parlamentskammern verlangt. Die Verfassungsversammlung bekräftigt entweder die Unveränderbarkeit der Verfassung oder sie erarbeitet den Entwurf einer neuen Verfassung. Dieser Entwurf muß von der Verfassungsversammlung mit zwei Dritteln der Stimmen aller seiner Mitglieder angenommen oder in einem Referendum zur Entscheidung gestellt werden. Die neue Verfassung gilt als angenommen, wenn sich mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten am Referendum beteiligt haben und wenn sich mehr als die Hälfte der Referendumsteilnehmer für die neue Verfassung ausgesprochen haben (Art. 135).

Welche Handlungsoptionen verbleiben dann dem Präsidenten? Er darf im letzten halben Jahr vor der Präsidentenwahl (Art. 109, Abs. 5) - also ab dem 16. Dezember 1995 - und im ersten Jahr nach der Staatsdumawahl (Art. 109, Abs. 3) - also bis zum 17. Dezember 1996 - die Staatsduma, wenn sie der Regierung zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten das Mißtrauen ausspricht oder wenn sie die von der Regierung gestellte Vertrauensfrage ablehnt (Art. 117, Abs. 3 und 4) - nicht auflösen, was der Präsident sonst könnte. Also bleibt ihm nur die Option, innerhalb von drei Monaten die Regierung zu entlassen (Art. 17, Abs. 3 und 4).

Die neuen Vorsitzenden

Die Staatsduma wählte neue Vorsitzende des Parlaments und der einzelnen Komitees (= Ausschüsse):

Staatsdumavorsitzende

Die Abgeordneten der neuen Staatsduma wählten am 17. Januar 1996 mit den Stimmen der JABLOKO-Fraktion⁵² das Mitglied der KPRF-Fraktion Gennadij Selesnew zum Vorsitzenden.⁵³ Der JABLOKO-Vorsitzende Grigorij Jawlinskij begründete das Votum seiner Fraktion für Selesnew damit, daß der bisherige Staatsduma-Vorsitzende Iwan Rybkin die Arbeit des Parlaments zur Abwehr des Bürgerkriegs im Kaukasus ständig blockiert habe, daß er ohne Beschluß der Staatsduma dem Sicherheitsrat beigetreten sei und in diesem Organ die Arbeit des Parlaments bezüglich der Regelung des Konflikts in Tschetschenien blockiert habe. Ferner habe er in den zwei Jahren als Vorsitzender die Arbeit des Parlaments auf "absolut unzulässige" Weise organisiert, Mißbrauch, in vielen Bereichen Zersetzung und

⁵² Segodnja, 26.1.1996.

⁵³ Rossijskaja gazeta, 25.1.1996.

Ausschweifung zugelassen.⁵⁴ Der für die Beziehungen zu den Parteien zuständige Berater des Präsidenten, Georgij Satarow, rechnete Selesnew demjenigen Teil der KPRF zu, dem "demokratische Werte nicht fremd seien, insbesondere solche wie die Achtung der Minderheitenrechte".⁵⁵

Selesnew wurde 1947 im Gebiet Swerdlowsk geboren und studierte an der Leningrader Staatlichen Universität Journalismus. Von 1991 bis 1993 war er Chefredakteur der "Prawda". Inzwischen ist er Vizepräsident der zuvor gebildeten Aktiengesellschaft "Prawda International". Von 1993 bis 1995 war er einer der Stellvertretenden Vorsitzenden der Staatsduma.

Zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden wurde der bisherige Sozialminister Alexander Schochin gewählt. Schochin war als Vertreter der "Sozial-demokratischen Partei Rußlands" (SDPR) der einzige Repräsentant einer politischen Partei, der in die russische Regierung aufgenommen worden war als Dank dafür, daß die SDPR Jelzins Wahl zum Präsidenten unterstützt hatte. Von 1991 bis 1994 war Schochin Stellvertretender Regierungschef und bis 1992 zugleich Arbeits- und Sozialminister sowie im Jahr 1994 Wirtschaftsminister.

Die fünf Stellvertretenden Staatsduma-Vorsitzenden gehören der KPRF-Fraktion (Swetlana Gorjatschewa), der LDPR-Fraktion (Michail Guzerijew), der UHR-Fraktion (Sergej Baburin, zugleich zweiter Mann in Ryschkows "Die Macht dem Volke" und Ko-Vorsitzender der nationalistischen "Front der nationalen Rettung"), dem links-zentristischen "Wahlblock Iwan Rybkin" an, der in der Staatsduma keine Fraktion bilden konnte (Artur Tschilingarow, von 1993 bis 1995 ebenfalls Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma), sowie der Fraktion "Rußlands Regionen" (Ramsan Abdulatipow) an. Abdulatipows Stellvertreterfunktion mit der Zuständigkeit für Nationalitätenfragen wurde von der Staatsduma wegen deren innenpolitischer Wichtigkeit extra geschaffen.⁵⁶

Komiteevorsitzende

Die neue Staatsduma hat die Anzahl ihrer Komitees (=Ausschüsse) um fünf auf 28 vermehrt.⁵⁷ Die Leitung dieser Komitees wurde folgendermaßen aufgeteilt (in Klammern jeweils der Name des Vorsitzenden):

- Die KPRF führt den Vorsitz in den folgenden neun Komitees: Gesetzgebung und Rechtsreform (Anatolij Lukjanow), Wirtschaftspolitik (Jurij Masljukow), Sicherheit (Viktor Iljuchin), Veteranen (Walentin Warennikow), Bildung und Wissenschaft (Iwan Melnikow), Angelegenheiten der Frauen, der Familie und der Jugend (Alewtina Aparina), Föderationsangelegenheiten und Regionalpolitik (Leonid Iwantschenko), Fragen der gesellschaftlichen Vereinigungen und religiösen Organisationen (Viktor Sorkalzew) sowie Tourismus und Sport (Alexander Sokolow). [Masljukow war von 1988 bis 1991 Stellvertretender Regie-

⁵⁴ Radio Rußland, russ., 17.1.1996.

⁵⁵ Radio Rußland, russ., 17.1.1996.

⁵⁶ Vlast' v Rossii, 7, 1996, S. 20.

⁵⁷ Rossijskaja gazeta, 25.1.1996; Segodnja, 20.1.1996.

rungschef und letzter Vorsitzende der sowjetischen Staatlichen Plankommission GOSPLAN. Zugleich gehörte er ab 1989 dem Politbüro der KPdSU an.]

- Die LDPR leitet folgende vier Komitees: Arbeit und Sozialpolitik (Sergej Kalaschnikow), Industrie, Bauwesen, Transport und Energetik (Wladimir Gussew), Informationspolitik und Kommunikation (Oleg Finko) sowie Fragen der Geopolitik (Alexej Mitrofanow).
- "Unser Haus Rußland" sitzt ebenfalls vier Komitees vor: Nationalitätenangelegenheiten (Wladimir Sorin), Verteidigung (Lew Rochlin), Fragen der örtlichen Selbstverwaltung (Andrej Poljakow) sowie Eigentum, Privatisierung und Wirtschaftstätigkeit (Pawel Bunitsch). [Generalleutnant Rochlin, Jahrgang 1947, ist Kommandeur des 8. Armeekorps. Anfang 1995 eroberte er auf Befehl Moskaus im Häuserkampf unter großen Opfern die tschetschenische Hauptstadt Grosnyj. Rochlin lehnte dafür militärische Auszeichnungen ab und kritisierte diejenigen in Moskau, die durch Geschäfte mit dem tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew profitiert haben.]
- Auch JABLOKO leitet vier Komitees: Budget, Steuern, Banken und Finanzen (Michail Sadorow), Internationale Angelegenheiten (Wladimir Lukin), Naturressourcen und Naturnutzung (Alexej Michajlow) sowie Ökologie (Tamara Slotnikowa).
- "Volksmacht" leitet drei Komitees: GUS-Angelegenheiten und die Verbindungen zu den Landsleuten (Wladimir Tichonow), Kultur (Stanislaw Goworuchin) sowie Konversion und wissenschaftsintensive Technologie (Georgij Kostin).
- Die "Agrarier" haben den Vorsitz in den zwei Komitees für Agrarfragen (Alexej Tschernyschow) sowie für Geschäftsordnung und Organisation der Staatsdumatätigkeit (Dmitrij Krassnikow).
- Die Fraktionen "Rußlands Regionen" erhielt die Leitung der beiden Komitees Gesundheitswesen und Probleme des Nordens und der anzugleichenden Territorien. Doch die Fraktion war mit der Übertragung der Leitung dieser zweitrangigen Komitees nicht zufrieden und verlangt den Vorsitz in einem bedeutenderen Komitee. Die Fraktion hat sich bisher geweigert, für die Leitung der beiden ihr übertragenen Komitees Vorsitzende zu benennen, so daß diese Komitees zur Zeit keinen Vorsitzenden haben.

Politikvarianten

KPRF-Chef Sjuganow dürfte es ablehnen, selbst in die Regierung einzutreten, denn er wird den Präsidentenwahlkampf aus der Opposition heraus führen wollen. Er wird wohl auch kaum einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einbringen. Statt dessen könnte er versuchen, möglichst viele populistische Gesetze beschließen zu lassen, von denen er bereits vorher weiß, daß sie im Föderationsrat und/oder am Präsidenten scheitern werden, die aber einen guten Eindruck beim Wähler machen.⁵⁸ Die Staatsduma-Abgeordnete und Mitglied der

⁵⁸ Vgl. dazu besonders: Telen, Lyudmila, A Communist Revenge?, in: The Moscow Times, 19.12.1995, S. 10.

Gruppe "Rußlands Regionen", die Unternehmerin Irina Chakamada, erwartet von der KPRF, daß sie sich "leise-aggressiv" verhalten werden.⁵⁹

Das politische Programm für die kommunistische Parlamentsarbeit könnte folgendermaßen aussehen:

- keine weitere Privatisierung von Staatsbetrieben,
- mehr Sozialausgaben, was zu höherer Inflation führen wird, die wiederum Preis- und Devisenkontrollen zur Folge haben dürfte,
- Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes,
- Wiederherstellung des Exportmonopols des Staates bei Rohstoffen,
- Kontrolle der Massenmedien und
- Druck auf die GUS-Staaten, eine politisch-militärische Union zu bilden.

Bei dem Gerangel zwischen den Fraktionen um die Aufteilung der Vorsitzendenpositionen in den verschiedenen Komitees der Staatsduma zeigte sich überraschend, daß die KPRF- und die JABLOKO-Fraktion partiell zusammenarbeiten, ähnlich die LDPR- und UHR-Fraktion. Das sind völlig neue "Front"linien. Angesichts der jüngsten Zuspitzung in Tschetschenien ist die "Koalition" UHR, sprich Regierung, und LDPR wohl nicht ganz zufällig. Auf einem Zeitungsfoto war zu sehen, wie sich in der Staatsduma diese vier Fraktionsvorsitzenden folgendermaßen gegenübermaßen: auf der einen Tischseite Schirinowskij und Beljaew, auf der anderen Seite Sjuganow und Jawlinskij. Nur ein Zufall?⁶⁰

Der Staatsduma-Vorsitzende Selesnew kündigte für den Fall, daß KPRF-Chef Sjuganow zum Präsidenten gewählt wird, an, daß er ein Referendum über eine neue Verfassung anordnen werde - laut Verfassung muß die Verfassungsversammlung eine neue Verfassung ausarbeiten und nicht der Präsident (Art. 135) -, welche das Amt des Präsidenten abschafft, das hierarchische System der Sowjets wiederherstellt und die exekutiven Funktionen einer starken Regierung überträgt, die dem Parlament verantwortlich ist.⁶¹ Damit knüpft Selesnew an entsprechende Forderungen der KPRF-Wahlplattform an.⁶²

Der Stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Gesetzgebung und Rechtsreform, das KPRF-Mitglied Jurij Iwanow - Komiteevorsitzender ist das KPRF-Mitglied und der ehemalige Anti-Gorbatschow-Putschist Lukjanow - verkündete die Absicht, das Verfassungsgericht abzuschaffen und durch ein Komitee zur Verfassungsaufsicht - wie zu Zeiten Gorbatschows - zu ersetzen. Die ehemalige Zeitung des Obersten Sowjet der UdSSR, die angesehenene "Iswestija", die inzwischen privatisiert ist und einen liberalen demokratischen und reformerischen Standpunkt einnimmt, soll der Regierungskontrolle unterstellt werden. Ferner

⁵⁹ ITAR-TASS, russ., 23.1.1996.

⁶⁰ Segodnja, 16.1.1996.

⁶¹ Interview Selesnews, in: Rossijskaja gazeta, 6.2.1996.

⁶² Predvybornaja platforma Kommunisticeskoj partii Rossijskoj Federazii, in: Dialog, 10, 1995, S. 6 f.

seien die 200 führenden privaten bzw. halbprivaten Unternehmen und Geschäftsbanken zu verstaatlichen.⁶³

Man muß sich darüber im klaren sein, daß bis Ende Juli 1996 die gesamte Parlamentsarbeit nur dem einen Zweck dienen wird, die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten zu stärken. Die Präsidentschaftswahl ist für den 16. Juni 1996 angesetzt. Im ersten Wahlgang dürfte kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erreichen. Der zweite Wahlgang, bei dem eine relative Mehrheit genügt, darf nicht später als 30 Tage nach dem ersten Wahlgang durchgeführt werden (Art. 55 f. des Präsidentenwahlgesetzes vom 17. Mai 1995).⁶⁴

Sollte der KPRF-Vorsitzende Sjuganow zum Präsidenten gewählt werden, so ist auf der einen Seite zu fragen, ob er dann noch ein Interesse daran hat, dieses Amt wieder abzuschaffen oder zu schwächen. Beschwichtigend verwies Sjuganow am 21. Februar 1996 auf die Wahlplattform der KPRF, die sich nur gegen das "Institut der unkontrollierten präsidentiellen Macht" ausspricht.

Auf der anderen Seite ist es schwer vorstellbar, daß die KPRF eine für sie einzigartig günstige Konstellation - kommunistischer Präsident, kommunistischer Regierungschef, denn der Vertreter einer anderen politischen Richtung ist unter einem kommunistischen Präsidenten nicht zu erwarten,- und die kommunistische Mehrheit im Parlament - ungenutzt lassen würde, um das neue politische System der Russischen Föderation in ihrem Sinne grundlegend zu ändern.

⁶³ Izvestija, 15.2.1996.

⁶⁴ Federal'nyj zakon o vyborach Prezidenta Rossijskoj Federacii, in: Rossijskaja gazeta, 23.5.1995.

ANHANG

Biographien der Fraktionsvorsitzenden

Die sieben Fraktionen der Staatsduma werden von folgenden Vorsitzenden geführt (in alphabetischer Reihenfolge):

Die Fraktion "Rußlands Regionen" hat zwei Ko-Vorsitzende: Abdulatipow und Tschilingarow. Ramasan Gadschimuradowitsch ABDULATIPOW ist Aware und wurde 1946 in Dagestan in einer Soldatenfamilie geboren. Er absolvierte die Historische Fakultät der Dagestanischen Universität und ist Doktor der Philosophischen Wissenschaften, was in etwa einer Habilitation entspricht. Von 1975 bis 1988 war er Hochschullehrer für (marxistisch-leninistische) Philosophie. Von 1988 bis 1990 leitete er den Sektor für Analyse und Prognose der Abteilung des ZK der KPdSU für Nationalitätenbeziehungen. Von 1990 bis 1993 war er Vorsitzender des Nationalitätenowjet des Obersten Sowjet der Russischen Föderation, und seit 1993 ist er Stellvertretender Vorsitzender des Föderationsrats, eine Position, die er als Abgeordneter der Staatsduma aufgeben muß. Gegenüber dem Tschetschenien-Krieg nimmt er eine kritische Haltung ein.

Der UHR-Fraktionsvorsitzende Sergej Georgijewitsch BELJAJEW wurde 1954 im Gebiet Leningrad geboren und absolvierte 1977 die Hydrotechnische Fakultät des Polytechnischen Instituts in Leningrad (jetzt wieder St. Petersburg). Er ist Kandidat der Technischen Wissenschaften, was etwa der Promotion entspricht. In seiner wissenschaftlichen Laufbahn brachte er es bis zum Stellvertretenden Dekan seiner Studienfakultät. Seine politische Karriere führte ihn 1991 in das Spitzenamt eines Stellvertreters des Reformoberbürgermeisters von Leningrad, Anatolij Sobtschak, mit der Zuständigkeit für Eigentumsfragen. 1993 wurde Beljajew Stellvertretender und im Februar 1995 dann Vorsitzender des Staatskomitees für die Verwaltung des Staatsvermögens. Dieses Amt wird er jetzt wegen seiner neuen parlamentarischen Funktion aufgeben müssen.

Der Vorsitzende der Agrarier-Fraktion Nikolaj Michajlowitsch CHARITONOW wurde 1948 im Gebiet Nowosibirsk geboren. Er absolvierte das Landwirtschaftsinstitut in Nowosibirsk. 1976 übernahm er die Leitung einer Sowchose, die sich jetzt Aktiengesellschaft "Galanskoje" nennt. Während seiner Mitgliedschaft im Volksdeputiertenkongreß der Russischen Föderation von 1990 bis 1993 sprach er sich gegen die Einführung des Amtes eines mächtigen Präsidenten, für eine starke Regierung und ein professionelles Parlament aus. 1993 wurde er Stellvertretender APR-Vorsitzender, in einem Direktwahlkreis in die Staatsduma gewählt und Mitglied ihres Komitees für Agrarfragen.

Der JABLOKO-Fraktionsvorsitzende Grigorij Alexejewitsch JAWLINSKIJ wurde 1952 in einer Militärfamilie im westukrainischen Lwiw (Lemberg) geboren. Er absolvierte 1973 das Moskauer Plechanow-Institut für Volkswirtschaft und wurde 1978 Kandidat der Wirtschaftswissenschaften. Seine wissenschaftliche Karriere vollzog sich in Forschungsinstituten des Staatskomitees der UdSSR für Arbeit und Sozialfragen. Von 1989 bis 1990 war er Abteilungsleiter in der Staatlichen Kommission für Wirtschaftsreformen beim Ministerrat der

UdSSR. Von Juli bis September 1990 war Jawlinskij Stellvertretender Regierungschef der RSFSR und Ko-Autor des "500-Tage"-Programms zur Einführung der Marktwirtschaft, das aber von Gorbatschow nicht akzeptiert wurde. Anschließend war er Vorsitzender des Staatskomitees der RSFSR für Wirtschaftsreform, dann Wirtschaftsberater des Vorsitzenden des Ministerrats der RSFSR und schließlich von Oktober bis Dezember 1991 Mitglied des Politischen Konsultativrats, den Gorbatschow gebildet hatte. 1992 gründete Jawlinskij das Zentrum für ökonomische und politische Forschungen in Moskau (EPI-Zentr), das er seither leitet. Im Januar 1994 trat er an die Spitze der JABLOKO-Fraktion der Staatsduma. Im Dezember 1994 kritisierte er scharf die russische Militärintervention in Tschetschenien und jüngst die russischen militärischen Aktionen gegen Perwomajskoje.

Der Vorsitzende der Fraktion "Volksmacht" Nikolaj Iwanowitsch RYSCHKOW war der letzte Ministerpräsident der UdSSR. Er wurde 1929 in der Ukraine im Donezker Gebiet geboren. Von 1956 bis 1959 studierte er am Polytechnischen Ural-Institut in Swerdlowsk (jetzt wieder Jekaterinburg). Er begann seine berufliche Laufbahn als Schweißer im Uralwerk für Schwermaschinenbau "URALMASCH", einem der größten Rüstungsbetriebe der Sowjetunion, in dem er 1971 zum Generaldirektor aufstieg. Von 1974 bis 1989 war Ryschkow Deputierter des Obersten Sowjet der UdSSR, von 1975 bis 1979 zugleich Erster Stellvertretender Minister für Schwer- und Transportmaschinenbau der UdSSR und dann bis 1982 Erster Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission GOSPLAN der UdSSR. 1981 wurde Ryschkow Mitglied des ZK der KPdSU, ein Jahr später ZK-Sekretär, also oberster hauptamtlicher Parteifunktionär, für Wirtschaftsfragen. 1985 trat Ryschkow an die Spitze der sowjetischen Regierung. In dieser Funktion wurde er zugleich Mitglied des Politbüros, des obersten Führungsorgans der KPdSU. Bei der Präsidentenwahl 1991 erreichte er mit 17 % der Stimmen den zweiten Platz nach Jelzin. Auf dem dritten Platz folgte mit knapp 8 % Schirinowskij. Seit 1994 versucht sich Ryschkow in der Wirtschaft als Chef der Tweruniversalbank. Um in die Politik zurückkehren zu können, gründete Ryschkow im Herbst 1995 die zentristische Wählervereinigung "Die Macht dem Volke" (vgl. Tabelle 1).

Der LDPR-Fraktionsvorsitzende Wladimir Wolfowitsch SCHIRINOWSKIJ⁶⁵ wurde 1946 in Alma-Ata als Sohn eines Juristen und einer Hausfrau geboren. Er studierte von 1964 bis 1970 Turkologie mit Auszeichnung an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität und absolvierte von 1974 bis 1977 an derselben Universität ein juristisches Fernstudium. Von 1977 bis 1983 war er Mitglied des Kollegiums des Justizministeriums der UdSSR. Anschließend war er, bis er 1989 die LDP der UdSSR gründete, Leiter des juristischen Dienstes des Verlags "Mir". Im August 1991 rief er öffentlich zur Unterstützung der Putschisten gegen Gorbatschow auf. Der letzte LDPR-Parteitag, der am 2. April 1994 in Moskau stattfand, bestätigte ohne vorherige Aussprache in weniger als einer Minute einstimmig mittels Handaufhebung Schirinowskij als Parteichef für zehn Jahre bis zum 2. April 2004. Zugleich erhielt Schirinowskij vom Parteitag das Recht, persönlich die Mitglieder der höchsten zentralen und regionalen Führungsorganisationen der LDPR zu ernennen und abzulösen. Außerdem

⁶⁵ Ein ausführlicheres Portrait von Schirinowskij: Schneider, Eberhard, Schirinowskij und seine Partei, in: Berichte des BIOst, Nr. 35-1994.

beschlossen die Delegierten, daß Parteitage nur noch alle drei Jahre stattfinden sollen. Zwischen den Parteitagungen gehen die Vollmachten auf den Parteivorsitzenden über. Mit diesen Beschlüssen setzte sich der Parteitag über das LDPR-Statut hinweg. Im Januar 1994 wurde Schirinowskij zum Vorsitzenden der LDPR-Fraktion der Staatsduma gewählt. Im Dezember 1994 billigte Schirinowskij nicht nur das militärische Vorgehen Jelzins gegen Dudajew und jüngst gegen die tschetschenischen Geiselnahmer in Perwomajskoje, sondern er forderte den Präsidenten zu noch radikaleren Maßnahmen auf.

Der KPRF-Fraktionsvorsitzende Gennadij Andrejewitsch SJUGANOW⁶⁶ wurde 1944 als Sohn eines Dorfschullehrers im Gebiet Orjol geboren. 1969 absolvierte er die Physikalisch-mathematische Fakultät des Pädagogischen Instituts in Orjol. Von 1978 bis 1980 studierte er an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU. Er ist Kandidat der Philosophischen Wissenschaften. Nach anfänglicher Arbeit als Lehrer in seinem Heimatdorf und fünfjähriger Tätigkeit als Dozent für mathematische Analyse an seiner Studienfakultät in Orjol begann Sjuganow 1971 seine politische Karriere beim Komsomol, der Jugendorganisation der KPdSU, die ihn schließlich 1983 nach Moskau in die Ideologische Abteilung des ZK der KPdSU führte. 1990 erkannte Sjuganow, daß es angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen der Unionsrepubliken notwendig ist, als "politisches Auffangbecken" der KPdSU eine KP der RSFSR zu gründen. Von 1990 bis 1991 gehörte Sjuganow dem Politbüro des ZK dieser neuen Partei an und war deren Ideologie-Sekretär. Seit 1993 ist Sjuganow Vorsitzender der KPRF und seit 1994 der KPRF-Fraktion in der Staatsduma. Sjuganow hat aber auch Spitzenfunktionen in nationalistischen Vereinigungen inne. So ist er seit 1992 Ko-Vorsitzender der nationalistischen "Russischen Nationalversammlung" und seit 1993 der nationalistischen "Front der nationalen Rettung". Im Dezember 1994 kritisierte Sjuganow scharf die russische Militärintervention in Tschetschenien und jüngst die brutale militärische Eroberung des Dorfes Perwomajskoje.

Der andere Ko-Vorsitzende der Fraktion "Rußlands Regionen", Artur TSCHILINGAROW, wurde 1939 als Armenier in Leningrad geboren. Er absolvierte die Hochschule für Seefahrt-Ingenieure in Leningrad und ist Kandidat der Technischen Wissenschaften. Von 1986 bis 1991 war er Stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees der UdSSR für Hydrometeorologie. In der bisherigen Staatsduma war er einer der drei Stellvertretenden Vorsitzenden dieser Parlamentskammer.

⁶⁶ Zur Denkweise Sjuganows, vgl.: Simon, Gerhard, Gennadij Sjuganow: das politische Weltbild des Präsidentschaftskandidaten, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 15/1996.

Eberhard Schneider

The Russian State Duma Elections of 1995

Bericht des BIOst Nr. 20/1996

Summary

Introductory Observations

On 17 December 1995 the State Duma was for the first time elected for a normal legislative period of four years. If only for this reason, therefore, the current Duma will carry greater political significance than its predecessor. The elections took place on the basis of a constitution that was already in force and an election law. The outcome of the elections can at the same time be considered a political indicator for the forthcoming presidential elections on 16 June 1996.

Findings

1. Having failed in his endeavour to postpone the State Duma elections and hold them together with the presidential elections, the Russian president tried in an eight-month-long tug-of-war with the Duma over the new election law to make the election process more difficult.
2. Some of the provisions of the president's election regulations of 1993 are left intact in the State Duma election law of 1995 but there are also some changes. The allocation of 225 of the 450 seats to candidates from party lists and 225 to direct candidates remains unchanged, as does the 5% rule and the minimum electoral turnout of 25%. For the first time, however, the Russian election law includes stipulations concerning voters' associations and the financing of the election campaign. Whereas previously 100,000 signatures were required for a candidate to be registered, under the new law he must gather double that number. Moreover, only 7%, rather than the previous 15%, of the signatures may be collected in any one subject of the federation.
3. A political party, voters' association or electoral bloc may use no more than 250,000 times the minimum wage, which on 1 May 1995 was 43,700 rubles, for its election campaign and a direct candidate no more than 10,000 times this sum. Thus, the upper limit for parties and the like was 10.9 billion rubles or 3.6 million DM and for a direct candidate 437 million rubles or 146,000 DM. The funds for the electoral campaign were drawn from the 80 million ruble (27,000 DM) holdings of the Central Electoral Commission, from candidates' private means and from donations from private individuals and legal entities (with a certain upper limit per donator). The use of funds other than these was not

permitted. For every percentage point of votes it received the Communist Party of the Russian Federation (CPRF) led by Gennadii Zyuganov spent 12,500 DM, the democratic electoral bloc YABLOKO led by the reform economist Grigorii Yavlinsky spent 113,000 DM, Prime Minister Viktor Chernomyrdin's "Our Home is Russia" (OHR) spent 186,000 DM and the Liberal Democratic Party of Russia (LDPR) under Vladimir Zhirinovskiy topped the list with election expenses of 308,300 DM.

4. From his observations of the State Duma elections of 1993 and 1995 the present author has come to the conclusion that the most effective and inconspicuous way of rigging the elections would be at the level of the computer aggregation of the data. The more "traditional" types of election rigging could take place only at the level of polling stations. The scope for distorting the results at this level is limited and if carried out in election districts with differing political "environments" might even cancel each other out.
5. The voter turnout in the State Duma elections of 17 December 1995 was 64.3%-9.5% higher than the previous State Duma elections of 12 December 1993. Of the forty-three parties etc. competing, only four managed to clear the 5% hurdle: the CPRF, the LDPR, YABLOKO and OHR. The CPRF was able to increase its percentage of the voting on party lists from 9.9% to 22.3%. This large increase in votes may be attributed to the CPRF's election campaign, which responded to two currents in Russian popular feeling: the wish for more cushioning of the social impact of the transfer to a market economy and nostalgia for the "good old" Soviet Union under Brezhnev.
The LDPR had to face a halving of its percentage of the party list votes to 11.8%. It is quite likely that many of the protest voters who voted for the LDPR in 1993 switched their support to the CPRF this time round. At the same, despite competition from other nationalist parties, Zhirinovskiy's party still obtained the second best result, indicating a stabilisation of voter support that should not be underestimated.
With a disappointing 10.3% the OHR, the new "party of power", managed, despite official and semi-official support, to obtain only third place in the voting on party lists. It should be remembered, however, that unlike the other three parties, it was standing for election for the first time. Of the democratic parties, only YABLOKO made it into parliament with 6.89% of the vote. The leader of "Russia's Democratic Choice - United Democrats", Yegor Gaidar, who narrowly missed clearing the 5% hurdle, continues to be blamed by voters for the shock transition to the market, which, in his former function as deputy prime minister, he launched by freeing prices on 2 January 1992.
6. In examining the constituencies of the four parties and other political groups elected to the state Duma, it is striking that half of those who voted for the CPRF were over the age of fifty-five and, correspondingly, when looked at in terms of profession, 46% of them were pensioners. Fifty percent of those responding to the election propaganda of the CPRF and the LDPR were voters with an incomplete secondary school education, i.e., the least educated sector of the electorate. Also worth noting is that with 48% the LDPR attracted a third more workers than the CPRF. It also reached slightly more voters in villages than the CPRF - 37% as opposed to 32%. Zhirinovskiy's party thus has two main pillars of

support - workers and the rural population. The voters' response to questions about their own personal situation also made it clear that both the CPRF and the LDPR, with 39% apiece, have the strongest profile at the lower end of the social spectrum.

7. Although the president is not obliged to draw political conclusions from the outcome of the parliamentary elections, the foreign minister, the first deputy prime minister responsible for privatisation and the head of the presidential administration were all subsequently replaced by people with a less strong commitment to democracy and reform.
8. In the composition of the new State Duma the CPRF was able to triple its percentage of seats to 33.1% with ninety-nine seats allocated on the basis of the list voting and fifty-eight seats allocated to directly elected representatives. The second strongest parliamentary group is the OHR with 12.2% of the seats, followed by the LDPR, with 11.3%, and YABLOKO, with 10.2%. The Agrarian bloc, which comprises twenty directly elected candidates from the communist-oriented Agrarian Party of Russia and fifteen independently elected direct candidates, can also be considered to belong to the communist camp. The Centrists, whose voting patterns are variable, are comprised of the "Power to the People" bloc, under the leadership of the last Soviet prime minister Nikolai Ryzhkov, together with "Russia's Regions", both of which consist of directly elected representatives.

With an average age of forty-two - three years younger than in 1993 - the LDPR members of parliament are slightly younger than those of YABLOKO, whose average age is forty-three. The average age of the OHR representatives is the same as that of the 450-member parliament as a whole - forty-eight. The higher average age of the CPRF members - fifty-one - is not surprising, given that its voters also tend to be older. Women are distinctly underrepresented in three of the parties and other groups and they are entirely absent from the LDPR.

With regard to the origins of the members of parliament, the political centre clearly dominates in the LDPR, with 64.7% - 13% more than in 1993 - and in YABLOKO, with 53%. The CPRF on the other hand, which has a broad regional basis, recruited 49% of its representatives at the local level; for the OHR the figure is 29.8%. The OHR has the largest percentage of representatives from the oblast level - 19.3% - since it is at this level that the important administrative constituency of the government election bloc is to be found. Accordingly, the OHR electoral bloc also recruited the largest number of people holding administrative positions (38.6%). Among the other three parties or blocs, the most frequently occurring function is that of member of parliament. Here the LDPR leads, with 52.9%, followed by YABLOKO, with 51.1%, and the CPRF, with 32.5%.

There are also differences between the parties and other groups regarding the renewal of personnel: 87.7% of the current OHR representatives were not members of the State Duma elected in 1993. This is scarcely surprising given that OHR, as a new electoral bloc, had to mobilise new political forces. By contrast the LDPR, 52.9% of whose members were in the former State Duma, shows a distinctly conservative mentality. The same applies, to a lesser extent, to YABLOKO, 42.2% of whose members were in the previous parliament. What is remarkable, however, is that three-quarters of the CPRF

representatives have held no previous mandate either in the State Duma or in the Council of the Federation. This is partly explained by its good showing in the State Duma elections, which led to an enlargement of its parliamentary representation by a factor of 200%.

The Communists and nationalists, who often voted together in the previous State Duma, are now in a position, with a combined vote of 52.2% in the new State Duma, to pass any law they please and bring a vote of no-confidence against the government. With the support of the Centrists as well, which would bring their percentage of the vote to 69.7%, they can, moreover, revoke any vote by the Council of the Federation and any veto of the president. In addition, they would have the power to amend the articles contained in Chapters 3-8 of the constitution as well as to introduce a bill to revise the constitutional articles of Chapters 1, 2 and 9, which contain the essential provisions of the new constitution.

9. The State Duma elected a member of the CPRF as its chairman, with YABLOKO casting the decisive vote. The CPRF chairs nine of the twenty-eight committees in the State Duma, including the important Committees for Legislation and Legal Reform, for Economic Policy and for Security.
10. CPRF leader Zyuganov is unlikely either to become a member of the government or to bring a vote of no confidence against it, since for him it is far more advantageous to fight the presidential election campaign from the ranks of the opposition. The new chairman of the State Duma, Gennadii Seleznev, has announced that in the event that Zyuganov should be elected president, a referendum will be held on a new constitution that would do away with the office of president, restore the hierarchical system of soviets and transfer all executive functions to a strong government that would be answerable to the parliament.

The deputy chairman of the Duma Committee for Legislation and Legal Reform, CPRF member Yurii Ivanov, has declared his party's intention to abolish the constitutional court and replace it with a Committee for Constitutional Supervision like the one that existed during the Gorbachev era. The former newspaper of the Supreme Soviet of the USSR, the respected *Izvestiya*, which has in the meantime been privatised and follows a liberal-democratic and reformist line, would be brought under government control. Furthermore, the 200 leading private or semi-private banks would be nationalised.